



23.047

## **Kartellgesetz (KG).**

### **Änderung**

## **Loi sur les cartels (LCart).**

### **Modification**

*Zweitrat – Deuxième Conseil*

#### CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 11.06.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.06.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

**Walti Beat** (RL, ZH), pour la commission: Tout d'abord, j'aimerais m'excuser de ne pas développer toute mon argumentation en français, mais on m'a abandonné, comme je m'en rends compte, et je vais essayer de faire de mon mieux pour combler cette lacune.

Wir beraten dieses Gesetz als Zweitrat. Der Ständerat beriet es in der Sommersession 2024. Ihre Kommission führte am 8. Oktober zusätzliche Anhörungen durch und beschloss dabei Eintreten; dies war nicht bestritten. Die Detailberatung fand im Wesentlichen am 21. Januar 2025 statt und wurde am 1. April nach den zusätzlichen Abklärungen und Stellungnahmen der Verwaltung, auf die ich noch eingehen werde, abgeschlossen. Schliesslich wurde die Vorlage mit 17 zu 7 Stimmen in der Gesamtabstimmung angenommen.

Die Inhalte der Vorlage decken sich in weiten Teilen mit der Revision von 2014. 2014 war das Jahr, in dem die Revision in diesem Saal definitiv abgelehnt wurde. Die Revision 2014 nahm sich bereits Ergebnisse der Gesetzesevaluation vor, die zehn Jahre nach Inkrafttreten der letzten Änderungen 2004 stattgefunden hatte. Wir blicken hier also im Zusammenhang mit dieser Gesetzgebung bereits auf eine längere Zeitdauer zurück. Einer der Gründe, weshalb die Reform 2014 abgestürzt ist, war, dass sie auch institutionelle Reformelemente beinhaltete. Das Fuder war sozusagen überladen, und daraus wurde die Konsequenz gezogen, die materiellen Reformpunkte und die institutionellen Reformpunkte zu trennen. Entsprechend wird die institutionelle Reform 2026 in Form einer Vernehmlassungsvorlage erwartet, und wir werden dazu die Motion 23.3224 gleich im Anschluss an dieses Geschäft noch behandeln, die ebenfalls die institutionelle Reform zum Thema hat.

Die Vorlage, die wir heute beraten, nimmt viele weitgehend unbestrittene Anpassungen am geltenden Gesetz vor. Dazu gehört insbesondere eine Anpassung der Prüfkriterien bei meldepflichtigen Zusammenschlussvorhaben an den internationalen Standard. Es geht um den sogenannten Significant-Impediment-to-Effective-Competition-Test. Damit wird die Fixierung auf die Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung gelockert, wie sie heute im Gesetz steht. Stattdessen wird abgeklärt, ob ein Zusammenschlussvorhaben den wirksamen Wettbewerb signifikant behindern könnte, ohne dass dies mit entstehenden Effizienzvorteilen im Interesse des Publikums gerechtfertigt werden könnte. Die Prüfung erfolgt damit eher durch die ökonomische Brille und erlaubt der Behörde, also der Weko, auch bei Auswirkungen unterhalb der Marktbeherrschungsschwelle einzugreifen und zum Beispiel einen Zusammenschluss unter gewissen Auflagen zu bewilligen.

Ein weiterer Reformpunkt ist die Stärkung des Kartellzivilrechts. Neu wird ein Klagerecht eingeführt, auch für indirekt Betroffene einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung, also zum Beispiel auch für Konsumentinnen und Konsumenten, was eine wesentliche Veränderung mit sich bringt. Wichtig für die Unternehmen ist sodann die Reform des sogenannten Widerspruchsverfahrens. Damit entfällt das Risiko direkter Sanktionen, wenn eine zur Vorabklärung gemeldete Verhaltensweise nicht innerhalb der verkürzten Widerspruchsfrist von zwei Monaten zur Eröffnung einer Untersuchung führt, dies unter der Voraussetzung, dass die Verhaltensweise nach der Untersuchungseröffnung nicht gestartet oder weitergeführt wird.

Last, but not least sollen mit der Einführung von zahlreichen Ordnungsfristen die kartellrechtlichen Verfahren und auch die gerichtlichen Verfahren im Rechtsmittelzug beschleunigt werden. Für folgenlose Untersuchungsverfahren wird die Möglichkeit einer Parteientschädigung eingeführt. Das ist vor allem für KMU eine wichtige Entlastung, weil solche Verfahren häufig sehr aufwendig sind. Der Ständerat hat zudem noch die sogenannte Compliance Defense in den bundesrätlichen Entwurf eingeführt, wonach bei der Bemessung einer Sanktion





die ernst gemeinten Anstrengungen einer Unternehmung, die Einhaltung des Kartellrechts sicherzustellen – zum Beispiel organisatorische oder prozedurale Vorkehrungen, Schulungen für Mitarbeitende oder Ähnliches –, honoriert werden können. Dazu werde ich in der Detailberatung noch mehr ausführen.

En résumé, la présente réforme reprend de nombreux éléments de la révision législative avortée de 2014, qui sont plus ou moins incontestés. Le contrôle des concentrations s'effectuera désormais selon le standard international dit du test SIEC. Le droit civil des cartels est renforcé par de nouvelles possibilités d'action judiciaire pour les tiers lésés, par exemple aussi pour les consommatrices et consommateurs. Les nouveautés dans la procédure d'opposition augmentent la sécurité juridique pour les entreprises participant à un accord et plusieurs délais d'ordre sont introduits pour les autorités et les tribunaux, ce qui devrait accélérer les procédures en matière de droit des cartels. En outre, les entreprises qui ont mis en oeuvre des mesures appropriées pour éviter des infractions au droit des cartels peuvent espérer s'en tirer avec une sanction moins lourde.

Nun gibt es noch zwei kontroverser diskutierte Themenblöcke, die in der Kommissionsberatung zu mehr Diskussionen Anlass gegeben haben, was sich auch in Minderheitsanträgen niedergeschlagen hat, die wir dann später noch diskutieren werden.

Zum einen ist das die Konkretisierung von Artikel 5 durch einen neuen Absatz 1bis, worin es um die folgende Frage geht: Sollen weiterhin alle Wettbewerbsabreden, welche die Weko unter die qualifizierten Tatbestände von Artikel 5 Absatz 3 subsumiert, per se, das heisst ohne die Möglichkeit, die gesetzliche Vermutung zu widerlegen, als erhebliche Wettbewerbsbeeinträchtigungen taxiert werden und damit unzulässig sein? Das ist heute nach dem sogenannten Gaba-Urteil des Bundesgerichtes, von dem Sie sicher auch schon gehört haben, der Fall.

Die Kommission schlägt Ihnen vor, auch in diesen Fällen wieder eine Prüfung der Erheblichkeit im Einzelfall durchzuführen. Dies soll anhand einer Gesamtbeurteilung erfolgen, und zwar von qualitativen Elementen in Form von Erfahrungswerten, zum Beispiel ökonomische Theorien und Studien, und von quantitativen Elementen zu den konkreten Umständen auf dem relevanten Markt, zum Beispiel zu Marktverhältnissen, zur Intensität des Wettbewerbs, zu Marktanteilen, zur Sicht der Endkundschaft und Ähnlichem. Damit soll das Kartellrecht nicht gelockert oder gar geschwächt werden, sondern es soll eine differenzierte Anwendung der materiellen Regeln sichergestellt und volkswirtschaftlich sinnvolle Kooperationen entsprechend erleichtert werden.

#### AB 2025 N 818 / BO 2025 N 818

Je donnerai plus de détails sur les minorités concernées dans le cadre de la discussion par article. Je me contente de dire ceci : l'objectif de votre commission n'est en aucun cas de revenir à l'ancienne époque des cartels ni de faciliter les accords nuisibles à la concurrence en imposant des exigences d'examen excessives dans les procédures de la Comco, comme cela a été prétendu dans certains courriers que vous avez reçus ces derniers jours.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie explizit auf eine Verwaltungsnotiz zu diesem Themenkomplex hinweisen, die die Kommission ausdrücklich und bewusst publiziert hat, damit sie zu den Materialien genommen werden kann, was ich hiermit tue.

Ein weiterer Themenkomplex, der auch öffentlich für einige Aufregung gesorgt hat, ist die Einführung einer generellen Kartellfreistellung für Profiligen, also Sportligen, bei der gemeinsamen Festlegung insbesondere von Bruttolohnsummen. Der Passus wurde vom Ständerat auf Betreiben der Swiss Ice Hockey Federation eingeführt. Ihre Kommission lehnt ihn allerdings aus verschiedenen Gründen ab: Zum einen hat dazu keine Vernehmlassung stattgefunden. Das ist umso gravierender, als wir die Formulierung als unklar und gesetzestechnisch nicht überzeugend beurteilt haben. Es ist zum Beispiel auch der Schweizerische Fussballverband, der neben dem Eishockey als Profisportliga wohl angesprochen respektive betroffen wäre, gar nicht in die Diskussion einbezogen worden, übrigens ebenso wenig die Spielerseite. Es fehlt diesem Passus also auch das beliebte sozialpartnerschaftliche Element.

Weiter findet die Kommission – es liegt hier kein Minderheitsantrag vor – auch sektorspezifische Regelungen im Kartellgesetz grundsätzlich unglücklich. Es wäre auch ein Eingriff in die privatwirtschaftlichen Strukturen in diesem Bereich. Sportligen sind privatwirtschaftliche Strukturen; es handelt sich um Unternehmertum, das hier gelebt wird. Da sind kartellgesetzliche Eingriffe fehl am Platz. Zudem scheint auch die Wirkung solcher Vorgaben zweifelhaft, weil zu vermuten ist, dass die höchsten Spitzensaläre nicht sinken, sondern einfach bei den Spielerinnen und Spielern mit tieferen Löhnen kompensiert werden, damit die Bruttolohnsummen eingehalten werden können.

Letztlich war die Kommission auch der Meinung, dass es bei diesem Themenkomplex eigentlich eher um ein sportpolitisches Anliegen geht. Die Ausarbeitung einer geeigneten und zweckdienlichen Lösung würde also in den Zuständigkeitsbereich der WBK fallen.



Aus diesen Gründen wurde der Passus mit 14 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen aus der Vorlage gestrichen. Es wurde vorgängig auch darauf verzichtet, diesen Passus in eine separate Vorlage auszugliedern und ihn weiter zu beraten.

Insgesamt kann ich feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage auch heute nicht bestritten ist. Ich schliesse deshalb hier meine Ausführungen zum Eintreten ab und werde im Rahmen der Detailberatung zu den Mindestheiten noch Stellung nehmen.

**Masshardt** Nadine (S, BE): Herr Walti, ich habe eine Frage zu Artikel 5 Absatz 1bis: Die Kommissionsmehrheit will dort bereits etablierten Unternehmen erlauben, kleinere Mitbewerber vom Markt fernzuhalten. Haben Sie in der Kommission die Verfassungsmässigkeit dieser Bestimmung geprüft und ist sie, falls ja, verfassungsmässig?

**Walti** Beat (RL, ZH), für die Kommission: Ich teile vor allem Ihre einleitende suggestive Feststellung nicht. Es ist nicht so, dass dies das Ziel ist. Ich werde in der Detailberatung noch auf Artikel 5 Absatz 1bis eingehen. Die Verhältnisse in der realen Welt der Vertragsbeziehungen zwischen Unternehmen sind derart vielfältig, dass Sie für fast jede Konstellation irgendein Beispiel konstruieren können. Dies ist mit ein Grund, weshalb die Kommission es für richtig hält, der Wettbewerbskommission die Prüfung von qualitativen und quantitativen Elementen der konkreten Situation ins Pflichtenheft zu schreiben.

Es geht also nicht darum, die Kriterien für die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Abreden materiell zu verschieben, sondern das Prüfprozedere dahin gehend auszudehnen, dass am Schluss die Gesamtbeurteilung von qualitativen und quantitativen Kriterien den Ausschlag geben soll, ob eine wettbewerbliche Einschränkung, sofern sie denn besteht, erheblich und somit unzulässig ist oder nicht.

Die Verfassungsmässigkeit kann ich gleich auch noch abhandeln: Unsere Verfassung sieht kein Kartellverbot vor, so exotisch das einem in der heutigen Zeit erscheinen mag. Der Ansatz ist: grundsätzliche Zulässigkeit von Wettbewerbsabreden und gesetzliche Einschränkung ihrer schädlichen Auswirkungen. Das ist das Konzept. Meiner Meinung nach bewegen wir uns klar im zulässigen Lösungsspektrum und auf jeden Fall im Bereich der Verfassungsmässigkeit.

**Rüegsegger** Hans Jörg (V, BE): Geschätzter Kollege Walti, Sie führten vorhin aus, dass Ihre Kommission versucht hat, die differenzierte Anwendung sicherzustellen, aber auch quantitative und qualitative Aspekte einzubeziehen. Führt das aber nicht gerade mit den genannten Artikeln 5 und 7 dazu, dass die Gefahr eines Bürokratiemonsters oder von zusätzlichen Preisabsprachen vergrössert wird?

**Walti** Beat (RL, ZH), für die Kommission: Nein, Herr Rüegsegger, dieses Risiko halte ich für sehr überschaubar. Eine Annahme dieser Bestimmungen würde sich dahin gehend auswirken, dass die Wettbewerbskommission bereits bei ihren Vorabklärungen beiden Aspekten Beachtung schenken müsste. Allerdings – ich sage das jetzt schon, ich wollte es eigentlich später sagen – ist es nicht die Meinung der Kommission, dass hier stringente Beweisverfahren geführt und in allen Fällen umfangreiche statistische Abklärungen gemacht werden müssen. Stattdessen muss das Zusammenspiel von qualitativen und quantitativen Aspekten einer Gesamtwürdigung unterzogen werden. Ich kann etwas zugespitzt sagen: Wenn Unternehmen ein hartes Kartell mit Endpreisvereinbarungen schaffen, wird es im Bereich der quantitativen Prüfung oder der Modellierung praktisch nichts mehr brauchen, um festzustellen, dass ein sanktionierbarer Kartellverstoss vorliegt. Wenn es aber nicht so klar ist, braucht es hingegen noch etwas mehr. Das ist das Ziel; es geht wirklich nicht darum, in die Zeiten des Bierkartells zurückzukehren bzw. das Rad der Zeit zurückzudrehen.

**Schmezer** Ueli (S, BE): Herr Nationalrat Walti, Sie sagen, es sei nicht Ihre Absicht, das Kartellrecht zu schwächen. Sie wollen nur die Artikel 5 und 7 konkretisieren, damit sie ein bisschen klarer werden. Aber die Artikel 5 und 7 sind die zentralen Instrumente gegen überhöhte Preise, damit die Menschen in der Schweiz nicht abkassiert werden. Warum wollen Sie, dass die Menschen in der Schweiz wieder mehr bezahlen?

**Walti** Beat (RL, ZH), für die Kommission: Sie unterstellen mir etwas, das nicht zutrifft. Deshalb weiss ich nicht, ob die Frage bei mir am richtigen Ort ist.

Ich kann Ihnen nur die Differenzierung bei Artikel 5 Absatz 3 erläutern. Da sind ja die sogenannten harten Kartellabreden besprochen, die auch die gesetzliche Vermutung der Beseitigung wirksamen Wettbewerbs nach sich ziehen. Die Wettbewerbskommission subsumiert in ihrer Praxis einfach fast alle Fälle, die eine direkte oder indirekte Preiswirkung haben, unter diese Tatbestände, was dazu führt, dass die Vermutung eintritt. Da die Wettbewerbskommission gestützt durch das Bundesgericht in diesen Fällen gleichzeitig erklärt hat, dass die Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung gar nicht mehr geprüft werden müsse, kann die Vermutung wegen fehlender Prüfverfahren nicht mehr umgestossen werden. Damit wird die Vermutung juristisch gesehen



zu einer Fiktion und entfaltet eine ganz andere Wirkung.

Dann sind Sie auf der nächsten Stufe des Prüfprozesses, nämlich beim sogenannten Effizienznachweis. Dieser ist aber ausserordentlich aufwendig. Da werden spezifische Anforderungen gestellt, die schwierig zu erfüllen sind. Das bringt die beteiligten Unternehmen allenfalls in Erklärungsnot – Sie müssen nicht lachen –, dies auch in Fällen, in denen

AB 2025 N 819 / BO 2025 N 819

die Preiswirkung, wenn man es in aller Sachlichkeit anschaut, eben gar nicht klar ersichtlich ist. Es ist deshalb das Ziel, diese Differenziertheit hinzubringen. Ein Beispiel: Sie haben eine Entwicklungskooperation zwischen Unternehmen vereinbart, bei welcher nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie da oder dort eine Preiswirkung zur Folge hat. Sie legen Qualitätsstandards fest, die zu höheren Produktionskosten und damit in dieser Produktkategorie vielleicht zu höheren Preisen führen – dies geschieht aber durchaus in einem wettbewerblichen Markt. Dann treffen Sie eben mit dieser automatisierten Mechanik sehr viele Abreden, bei denen es volkswirtschaftlich gar nicht sinnvoll und wünschbar ist und die Konsumentinnen und Konsumenten überhaupt nicht geschädigt werden, weil sie die Produkte immer noch zu wettbewerblichen Preisen bekommen können.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Comme vous le constatez, la loi sur les cartels n'est pas juste un paquet juridique, mais déclenche déjà de nombreux débats.

Cette révision vise à intégrer les points positifs à une bonne concurrence qui n'ont pas été introduits dans la révision de 2021 ; révision qui répondait à l'initiative populaire fédérale "Stop à l'îlot de cherté – pour des prix équitables". Défenseurs des PME, notamment l'hôtellerie, la gastronomie, l'agriculture et les consommateurs, tous s'étaient alliés, à l'époque, pour lutter contre les prix trop élevés auxquels nous sommes soumis, car la Suisse est bien un îlot de cherté. Ce dernier touche non seulement les ménages, mais aussi les PME et les producteurs de denrées agricoles. Les prix sont plus élevés quand la concurrence est faible, parce que les importateurs exclusifs alourdissent la facture, quand il s'agit des clients suisses, parce que la position dominante de certaines entreprises ne permet pas aux producteurs, aux indépendants et aux vignerons de négocier pour écouler leurs produits à un prix plus rémunérateur. On connaît le problème avec la grande distribution ou les services de paiement en ligne. Le législateur doit donc chercher à les combattre, et non à les favoriser. Par davantage de transparence, même si ce n'est pas l'objet de la loi, mais aussi par une concurrence plus libre. Or, c'est ce que mettent en péril les propositions de la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N), qui veut rendre la loi moins efficace. Je reviendrai, au sujet des propositions des minorités, sur les positions problématiques aux articles 5 et 7, qui freineront justement la lutte contre l'îlot de cherté et entraveront la concurrence.

Le Conseil fédéral a dû répondre à des motions qui contreviennent à la libre concurrence. Les gagnants ? Ce sont les entreprises en position dominante et les avocats d'affaires qui se frottent les mains à l'idée d'avoir une loi qui offre des brèches d'interprétation. Leur corporation pourra bénéficier de l'incapacité des tribunaux à trancher. Le Tribunal fédéral a pu, grâce à l'arrêt Gaba, créer une jurisprudence claire. Les recours sont légion dans les procédures contre les décisions de la Comco. Ils sont déposés au Tribunal administratif fédéral, puis souvent encore au Tribunal fédéral. La procédure est, in globo, beaucoup trop longue, mais, à son issue, les tribunaux donnent souvent raison à la Comco.

Si nous voulons maintenir l'efficacité de l'autorité de la concurrence, les articles 5 alinéa 1bis et 7 alinéa 3, introduits par la majorité de la CER-N, doivent être biffés et nous devons en rester au droit en vigueur, car l'adoption de ces normes faciliterait la formation de cartels particulièrement nuisibles et forcerait les comportements abusifs d'acteurs puissants sur le marché. Il en résulterait des prix plus élevés non seulement pour les consommateurs, mais aussi pour les PME. Les agriculteurs seraient doublement punis, puisqu'ils se retrouveraient sans moyen de défense efficace contre l'augmentation des prix des matières premières et des machines agricoles ni contre la baisse des prix de leurs produits. L'argument de vouloir être pragmatique et que la Comco fasse du cas par cas sera souvent apporté à cette tribune aujourd'hui durant le débat. C'est dans ce cas une parade, un prétexte, car la Comco doit, aujourd'hui déjà, faire du cas par cas en prouvant l'existence d'accords illicites ou de positions dominantes.

Les points positifs de la révision concernent la réforme du contrôle des concentrations aux articles 9 et 10 et le volet civil à l'article 12, en lien avec la qualité pour agir, même s'il restera faible en l'absence de possibilité d'action collective en Suisse, cet objet étant encore au Conseil des États.

Après la crise de Credit Suisse, l'importance d'avoir une autorité de surveillance qui fonctionne et une loi efficace sur laquelle elle peut se baser doit être une évidence pour nous. L'étiquette de pays des cartels collera-



t-elle encore davantage à notre pays après cette révision ? Que se passe-t-il aujourd'hui, alors même que nous voyons à peine le début des effets positifs de la loi sur les cartels renforcée en 2021 ? Les représentants des PME et des agriculteurs oublieront-ils pourquoi on doit lutter pour une bonne concurrence ? En quoi cela a-t-il une conséquence sur les prix trop élevés ? Les chantres du libéralisme auraient-ils abandonné la liberté économique au profit d'une concentration de pouvoir de marché ? Le groupe des Verts entre en matière sur la révision pour les points positifs, mais il s'opposera, au vote final, si la lutte contre l'îlot de cherté en Suisse est pénalisée par les propositions faites par la majorité de la CER-N. On n'a pas encore pu bénéficier des effets positifs de la dernière révision, qui répondait à l'initiative pour des prix équitables. Ce n'est pas le moment de se payer le luxe de revenir en arrière. Les ménages et les PME de Suisse vous en sauront gré.

**Ryser Franziska (G, SG):** Das Kartellrecht ist ein wichtiges Instrument zur Wahrung des freien Wettbewerbs, indem es Kartellbildungen und andere wettbewerbseinschränkende Praktiken verhindert und damit eine bessere Auswahl und tiefere Preise für Konsumentinnen und Konsumenten sowie für KMU sicherstellt. Die vorliegende Revision ist deshalb wichtig. Das Kartellzivilrecht soll gestärkt und die Widerspruchsverfahren sollen verbessert werden. Auch soll die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, also die Fusionskontrolle, modernisiert und international abgestimmt werden. Diese Reformen unterstützt die Grüne Fraktion.

Gleichzeitig sollen verschiedene Aufträge des Parlamentes umgesetzt werden. Die Einführung kürzerer Fristen bei Verfahren und einheitlicher Regeln für die Berechnung von Entschädigungen ist unbestritten. Die Erwähnung der Verfahrensgrundsätze stärkt die heutige Praxis. Jedoch flossen in diese Revision auch verschiedene Anträge zur Schwächung des Kartellrechtes ein, angestossen durch die Motion 18.4282, "Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen", die zur Situation vor dem Gaba-Urteil zurückkehren und die Rechtspraxis der letzten Jahre aufheben wollen.

Neu soll auch bei besonders schädlichen, harten Abreden jedes Mal nachgewiesen werden müssen, dass sich diese negativ auf den Wettbewerb ausgewirkt haben, obwohl dieser Beweis schon oft geführt wurde, ganz zu schweigen von den im Einzelfall durchaus langwierigen Abklärungen, die notwendig sind, um diesen Nachweis zu führen, da niemand weiss, wie sich die Situation ohne eine Abrede entwickelt hätte. Die Folge wären Rechtsunsicherheiten für KMU und langwierige, teure Verfahren – das Gegenteil dessen, was mit dieser Reform angestrebt wird.

Eine solche Schwächung des Kartellrechtes lehnen wir dezidiert ab, denn gerade in einem so jungen Rechtsfeld braucht es Jahre, bis neue Regeln in der Praxis angekommen sind. Die heutigen Erfahrungen würden zunichtegemacht und neue Rechtsunsicherheiten geschaffen werden, insbesondere dadurch, dass neue Rechtsbegriffe eingeführt würden, die heute noch nicht in der Kartellrechtspraxis verankert sind. Zudem würden wir uns von den internationalen Entwicklungen entfernen und so auch Kooperationsabkommen mit anderen OECD-Ländern erschweren. Freuen tun sich dann wohl höchstens die Wirtschaftsanzwältinnen und -anwälte. Sie können von den komplizierteren, längeren und damit teureren Verfahren profitieren. Zudem werden marktbeherrschende, oftmals ausländische Unternehmen, die von einem schwachen Kartellrecht und einer Abschottung des Schweizer Marktes profitieren, den Schweiz-Zuschlag noch stärker ausspielen und zu hohe Preise

AB 2025 N 820 / BO 2025 N 820

realisieren. Das ist das Gegenteil dessen, was wir mit dem Gegenvorschlag zur Hochpreisinsel bezweckt haben.

Die Grüne Fraktion unterstützt die Modernisierung des Kartellrechtes und eine internationale Angleichung. Aber wir wehren uns dezidiert gegen eine Aufweichung und Schwächung der Bestimmungen bezüglich Wettbewerbsabreden in Artikel 5 und des Missbrauchs der Marktmacht in Artikel 7. Wir brauchen ein Kartellrecht mit Biss. Wenn ihm heute die Zähne gezogen werden, werden wir die Reform in der Gesamtabstimmung nicht mittragen können.

**Wermuth Cédric (S, AG):** Der vorliegende Entwurf der Revision des Kartellgesetzes lässt sich grob in vier Bereiche unterteilen. Zu den ersten drei habe ich keine Differenzen zum Sprecher der Kommission. Es geht um die Zusammenschlusskontrolle, die Modernisierung des Kartellzivilrechts und der Widerspruchsverfahren. Ich glaube, das sind sinnvolle Anpassungen aus der Praxis, die man problemlos übernehmen kann. Unser Unwohlsein mit dieser Revision entzündet sich insbesondere an den bereits erwähnten Artikeln 5 Absatz 1bis und 7 Absatz 3, die infolge gewisser parlamentarischer Vorstösse Eingang in diese Revision gefunden haben. Bei Artikel 5 Absatz 1bis geht es darum, dass die Kommissionsmehrheit den Nachweis einer Erheblichkeit im Falle einer festgestellten harten Abrede erschweren möchte. Um welche Fälle geht es konkret? Es geht um



die Fälle, in denen nach Artikel 5 Absätze 3 und 4 zwar die harte Abrede festgestellt werden kann, aber die Vermutung widerlegt wurde, dass es zur Beseitigung des Wettbewerbs gekommen sei. De facto ist das fast immer der Fall. Die Mehrheit stört sich daran, dass diese Fälle aber automatisch erheblich bleiben und damit zu direkten Sanktionen der Weko führen können – vorausgesetzt, man kann, der Kommissionssprecher hat es erwähnt, keinen Effizienzrechtfertigungsbeweis erbringen.

Das Problem an der Geschichte ist, dass mit dem neuen Absatz 1bis zusätzlich zu den qualitativen Kriterien die etwas unklare Formulierung der Erfahrungswerte und der quantitativen Kriterien explizit ins Gesetz eingeführt werden soll. Damit würden wir einen Zustand wie vor dem berühmten Bundesgerichtsentscheid vom 28. Juni 2016 zum Fall Gaba/Elmex herstellen. Dort hat das Bundesgericht festgestellt, dass in solchen Fällen eine qualitative Feststellung ausreicht und es keinen zusätzlichen quantitativen Beweis braucht. Das ergibt absolut Sinn, weil wir es hier mit Fällen zu tun haben, bei denen historisch längst bekannt ist, dass sie zur Einschränkung eines sinnvollen Wettbewerbs führen und insbesondere auch per se der Ratio Legis eines Kartellgesetzes widersprechen. Sie können das etwas vereinfacht – ich übertreibe, ich gebe es zu – damit vergleichen, dass jemand bei Rot über die Strasse fährt und dass dann bewiesen werden muss, dass dieses Bei-Rot-über-die-Strasse-Fahren tatsächlich einen effektiven Schaden verursacht hat. Nein, das ist per se strafbar, weil es eine Gefährdung der Strassenverkehrsordnung ist. Mit einer sehr ähnlichen Analogie haben wir es hier zu tun.

Es ist etwas offen, das gebe ich zu, was mit Artikel 5 Absatz 1bis dann im Konkreten geschehen würde. Wenn wir den für die Mehrheit besten Fall annehmen, dann würden uns mindestens lange Jahre der Rechtsunsicherheit erwarten, weil die Begriffe der Auslegung bedürfen. Es stellt sich die Frage, warum der Erheblichkeitsnachweis im Gesetz detailliert geklärt werden muss. Er würde, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, mit Sicherheit zu einer Verkomplizierung und einer Verlängerung der Verfahren führen und damit tendenziell zu einer Bevorteilung der grossen Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer. Wer kann sich dafür denn schon Rechtsabteilungen leisten? Und es wäre eine Entfernung vom internationalen Standard.

Eine sehr ähnliche Konstellation liegt bei Absatz 3 von Artikel 7 vor, dessen Einführung beantragt wurde. Hier geht es um die relative Marktmacht. Dieses Konzept haben wir 2022 definitiv als Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative eingeführt. Abgesehen davon, dass ein Rückkommen auf diesen Kompromiss von damals doch ein sehr klarer Verstoß gegen Treu und Glauben wäre, dagegen, wie man in diesem Land mit Volksinitiativen umgeht, würde der beantragte Absatz einen zentralen Mechanismus des Konzepts der relativen Marktmacht aushebeln, wonach ein solcher Verstoß beispielsweise bei Importpreisen auch dann geahndet werden kann, wenn er nur ein einzelnes Unternehmen betrifft. Es gibt dazu schon ein bekanntes Leiturteil; es betrifft die Bücherbranche und ist vom November 2024. Es ging damals um Payot und einen französischen Zulieferer.

Ich bitte Sie im Namen der Minderheit, diesen Positionen dann auch zu folgen. Darum wird sich die ganze Diskussion drehen. Ich gebe es zu, es ist nicht ganz frei von Ironie, dass ausgerechnet ich Ihnen heute empfehle, ein Wettbewerbsrecht durchzusetzen, das den Wettbewerb schützt, und dass diejenigen, die in Sonntagsreden sonst immer behaupten, sie seien für Wettbewerb und Konkurrenz, versuchen, diesen Wettbewerb und die Konkurrenz weiter einzuschränken. Rücken wir doch diese Verhältnisse wieder zurecht. Sie können dann bei der nächsten Debatte wieder umgekehrt argumentieren.

**Bendahan Samuel (S, VD):** La concurrence est absolument fondamentale pour le fonctionnement du marché économique. Sans concurrence efficace, il existe une série de rentes qui tomberont systématiquement dans la poche des grandes entreprises, des multinationales et de celles et ceux qui dominent l'offre. Cette logique de la domination de l'offre a pour impact direct une augmentation massive des prix pour les consommatrices et les consommateurs, et donc une aggravation de la crise du pouvoir d'achat que nous vivons aujourd'hui. Avoir la possibilité d'éviter les cartels, c'est donner une protection à la population, mais aussi permettre aux petites entreprises, aux petits producteurs, à toutes les personnes qui sont face à des oligarchies d'entreprises ou de personnes, d'avoir leur chance sur un marché, d'avoir la possibilité de jouer à armes égales.

Aujourd'hui, la Commission de la concurrence (Comco) est déjà beaucoup trop faible. Or, la majorité de votre commission, dans plusieurs cas, souhaite encore massivement affaiblir le droit de la concurrence. Elle souhaite qu'il devienne quasiment impossible de prouver et de démontrer qu'il existe un cartel alors qu'il est de facto présent. Cette solution sera totalement inacceptable sur le long terme. Voilà le problème : tant à l'article 5 qu'à l'article 7, nous discutons de points qui déploieront leur effet sur des années. Rendre plus difficile le fait de démontrer l'existence de cartels qui existent pourtant déjà n'aura qu'un effet : pour les petits, ce sera difficile, parce qu'ils n'auront jamais les moyens de se lancer dans des procédures ; pour les plus grands, pour les plus gros, pour les plus forts, pour les plus riches, ce sera aussi plus simple. En effet, s'il faut démontrer qu'il y a des éléments quantitatifs et qualitatifs, s'il faut attendre un cas concret avant de pouvoir prouver qu'il y a un



cartel, l'effet mécanique sera le suivant : pendant des années, le cartel pourra exister ; pendant des années, les prix pourront être trop élevés. Avec la logique de diminuer les sanctions, nous aurons touché dans le mille. C'est la population qui payera. Qui gagnera ? Les profits excessifs.

J'aimerais vous inviter à regarder le bilan de grandes multinationales qui ont le potentiel de se mettre en cartel. Regardez leurs comptes de résultat. Regardez les marges qui sont faites par la grande distribution. Regardez les marges qui sont faites par les secteurs pharmaceutiques. Regardez le fait que les profits des entreprises pharmaceutiques sont parfois de 25, 30 ou 35 pour cent de leur chiffre d'affaires. D'où vient cet argent ? Il n'y a qu'une réponse : des prix trop chers. Qui paye ces prix ? La population, les agriculteurs, les petites ou moyennes entreprises (PME). Tous ces gens payent parce que la Comco n'arrive pas à se battre contre les prix trop élevés. Tout le monde se plaint que la Suisse aujourd'hui est trop chère.

Il existe une solution simple à ce problème : quand des entreprises proposent un produit sur leur marché, le prix doit être juste. Un prix juste, c'est celui qui donne une rémunération équitable, pas 40 pour cent de marge. Comment éviter cela ? En empêchant les cartels et en renforçant le droit de la concurrence. En facilitant la possibilité pour des

#### AB 2025 N 821 / BO 2025 N 821

entreprises de se cartelliser et en rendant très difficile le travail de la Comco, la seule chose que nous faisons est que nous affaiblissons tant les consommatrices et les consommateurs que les PME qui n'ont jamais les ressources de s'engager dans des batailles judiciaires.

Je vous invite à ne pas affaiblir le droit de la concurrence, à au moins garder des règles équitables pour les marchés et à protéger le pouvoir d'achat de la population. Soutenez un droit des cartels justes. Rappelez-vous bien une chose : si des prix trop chers sont payés, ce n'est pas de l'argent qui va dans les salaires les plus bas ; c'est de l'argent qui va dans les poches des actionnaires. On le voit, sinon les salaires des entreprises pharmaceutiques qui accumulent les profits seraient beaucoup plus élevés pour les gens qui sont tout en bas de la chaîne de production. Or, ce n'est pas le cas. Lorsque les profits augmentent, les seuls salaires qui sont concernés sont ceux des grands manageurs, qui se chiffrent en millions. La population qui travaille dur, elle, n'en voit pas la couleur. Alors mieux vaut au moins qu'elle ait des prix corrects.

Merci de suivre les minorités et d'éviter d'affaiblir le droit de la concurrence.

**Burgherr** Thomas (V, AG): Die SVP-Fraktion wird auf diese Vorlage eintreten. In der Wirtschaft besteht ein Unbehagen gegenüber einer allmächtigen Wettbewerbsbehörde. Die Weko hat oft direkte Sanktionen erlassen, mit welchen die Unternehmungen nicht rechnen mussten. Es geht hier um die Frage, wann eine Wettbewerbsabrede erheblich ist und also die Weko eingreifen sollte. Meines Erachtens soll eine harte Abrede erst als erheblich gelten, wenn die Weko deren Schädlichkeit konkret, quantitativ und qualitativ, darlegt.

Die Ziele des Kartellrechts, Wettbewerbsbeschränkungen zu verhindern und damit einen funktionierenden Wettbewerb als Grundprinzip unserer Wirtschaft zu sichern, bleiben bestehen. Mit der vorliegenden Teilrevision des Kartellgesetzes sollen aber die Wirksamkeit und die Rechtssicherheit verbessert werden. Dazu wird die Zusammenschlusskontrolle modernisiert, das Kartellzivilrecht gestärkt und das Widerspruchsverfahren verbessert. Es werden Korrekturen vorgenommen, um den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers zu schärfen und eine übermütige Anwendung der Vorschriften durch die Behörden einzuschränken und ihnen einen Rahmen zu geben. Der Wettbewerb soll zwar geschützt, aber nicht durch pauschale Verbote blockiert werden. Der Unmut, vor allem bei KMU, ist aktuell sehr gross.

Für mich als Unternehmer und für die SVP-Fraktion geht es beim Kartellgesetz insbesondere darum, dass wir schädliche Überregulierungen verhindern können und die wirtschaftliche Freiheit von Unternehmen nicht unverhältnismässig einschränken. Die diversen technischen Anpassungen sind nach wie vor unproblematisch und können das Kartellverfahren verbessern. Es geht dabei namentlich um die Modernisierung der schweizerischen Zusammenschlusskontrolle, die Vereinfachung der Meldepflicht für Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene, die Regelung der Fristverlängerung bei der Einleitung des Prüfungsverfahrens, eine Stärkung des Kartellzivilrechts. Dabei geht es um Themen wie Aktivlegitimation, Verjährungshemmung und freiwillige Wiedergutmachung. Weiter geht es um die Praxistauglichkeit und Verbesserung des Widerspruchsverfahrens: Erstens erlischt das direkte Sanktionsrisiko für Unternehmen hinsichtlich der gemeldeten Verhaltensweise endgültig, wenn die Wettbewerbsbehörden innert der Widerspruchsfrist keine Untersuchung eröffnen. Zweitens wird die Widerspruchsfrist von fünf auf zwei Monate verkürzt. Zudem sollen mehrere angenommene parlamentarische Vorstösse umgesetzt werden. Dabei geht es um Themen wie die Beurteilung der Unzulässigkeit von Wettbewerbsabreden, die Beweislastumkehr und die Stellung von KMU in Wettbewerbsverfahren.

Es gibt dabei natürlich umstrittene politische Punkte, zu welchen entsprechende Minderheiten bestehen. Arti-



kel 5 ist ein wichtiger Bestandteil zur Umsetzung der vom Parlament bereits verabschiedeten Motion Français. Meine Minderheit zu Absatz 1bis werde ich bei der Detailberatung separat noch begründen. Wichtig ist uns hierbei, dass nicht nur ein theoretischer, sondern ein effektiver Schaden entstehen muss, um eine wettbewerbschädliche Abrede festzustellen. Das Kartellrecht darf sich nicht zunehmend vom konkreten Sachverhalt entkoppeln. Es darf keinen Generalverdacht geben. Das ist rechtsstaatlich nicht korrekt. Letztendlich geht es hier auch darum, mit dem Kartellrecht der Bundesverfassung wieder gerecht zu werden, in der ausdrücklich die Auswirkungen auf den Wettbewerb genannt werden.

In Absatz 3 bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen, die gemäss Bundesrat am geltenden Recht festhalten und die Formulierung des Ständerates streichen möchte. Der neue Absatz oder alternative Vorschläge würden nur wieder neue Fragen, Folgeprobleme und Unsicherheiten auslösen. Das spezifische Problem ist, dass mit der neuen Formulierung des Ständerates Absprachen über Bruttopreise sanktionsfrei würden.

Die Minderheiten in den Artikeln 7 und 9 werde ich später separat begründen.

In Artikel 49a folgen wir der Minderheit Dobler. Dort geht es um die Sanktion bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen. Wir möchten damit bewirken, dass die Vorkehrungen zur Vermeidung von Verstössen gegen das Kartellgesetz, die das Unternehmen getroffen hat und die seiner Grösse, Geschäftstätigkeit und der Branche angemessen sind, sanktionsmindernd zu berücksichtigen sind. Das entspricht der Stossrichtung des Ständerates. Unternehmen, die aktiv etwas machen, um keine Kartellverstösse zu begehen, sollen in einem Kartellverfahren den Anspruch haben, ihre Bemühungen als entlastend geltend zu machen. Dieser Antrag ist einfacher und wirkungsvoller als der Beschluss des Ständerates.

**Dobler Marcel (RL, SG):** Sehr gerne nehme ich im Namen der FDP-Liberalen Fraktion Stellung zur Kartellrechtsrevision. Die Teilrevision beinhaltet zahlreiche Elemente, die das Schweizer Wettbewerbsrecht stärken und kartellrechtliche Verfahren beschleunigen. Das Kernelement ist die Modernisierung der Zusammenschlusskontrolle, bei welcher der Prüfstandard dem internationalen Standard angepasst wird. Ein weiterer Teil der Vorlage besteht in der Stärkung des Kartellzivilrechts. Unter anderem sollen zukünftig insbesondere auch Konsumentinnen und Konsumenten sowie die öffentliche Hand gestützt auf das Kartellrecht Zivilklage einreichen können. Schliesslich werden mit der Vorlage auch drei parlamentarische Vorstösse umgesetzt.

Diese Vorlage beinhaltet keine Institutionenreform der Wettbewerbsbehörden, auch, weil es keinen unmittelbaren Zusammenhang gibt. Der Bundesrat hat die Ausarbeitung einer solchen Reform, für die es einen Handlungsbedarf gibt, bereits in Auftrag gegeben.

Gesprächsbedarf in der Kommissionsberatung gab die Umsetzung der Motion Français Olivier, die vom Parlament angenommen worden war.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich klar gegen Abreden bin, die den Wettbewerb behindern. Die Anwendung des Kartellrechts ist aber nicht schwarz und weiss, und die Einzelfälle sind sehr unterschiedlich, was berücksichtigt werden muss. Seit dem Gaba-Urteil des Bundesgerichts von 2016, in dem es um Elmex-Zahnpasta ging, gelten bestimmte Abreden wie Preis-, Mengen- und Gebietsabsprachen automatisch als wettbewerbswidrig. Ihre tatsächlichen Auswirkungen auf den Wettbewerb werden bei Erheblichkeit nicht mehr geprüft. Diese pauschale Annahme ignoriert die wirtschaftliche Realität und führt zu staatlichen Eingriffen auch in Fällen, in denen der Wettbewerb gar nicht beeinträchtigt ist.

Eine Wettbewerbsabrede soll nur dann als erheblich gelten, wenn eine Gesamtbeurteilung aller relevanten qualitativen und quantitativen Umstände im Einzelfall auf eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs hinweist. Eine konkrete Schadensberechnung ist dabei nicht erforderlich. Entscheidend ist, ob die Vereinbarung tatsächlich geeignet ist, den Wettbewerb wirksam zu beeinträchtigen. Das EU-Kartellrecht hat ein anderes System. Es ist nicht möglich, dieses direkt zu vergleichen. Zum Beispiel kennt die EU die Unterscheidung, ob eine Abrede bezweckt oder bewirkt wurde, welche die Schweiz seit dem Gaba-Urteil nicht mehr macht. Das Urteil

#### AB 2025 N 822 / BO 2025 N 822

im Fall Super Bock in der EU zeigt, dass die Bekanntgabe von Mindestpreisen nur im Zusammenhang mit Sanktionen zu einer Wettbewerbsbeeinträchtigung führt. Durch den Automatismus in der Schweiz, wonach solche Abreden automatisch als wettbewerbswidrig gelten, macht die Schweiz einen Swiss Finish und fasst die Betroffenheit deutlich weiter, als die EU dies heute tut.

Auch im Pfizer-Urteil wurde der Hersteller wegen der Herausgabe von unverbindlichen Preisempfehlungen sanktioniert. In der EU wäre eine Sanktion nicht infrage gekommen, weil die Hersteller gegenüber den Apotheken und den Ärzten die empfohlenen Preise weder mit Druck noch mit Anreizen durchgesetzt haben. Auch gibt es einen Bundesgerichtsentscheid betreffend den Verlag Editions Flammarion. Die Weko beurteilte eine Alleinbelieferungspflicht als Hardcore-Abrede. Diese Abrede galt als erheblich, und die Auswirkungen im





Einzelfall wurden nicht geprüft. Alleinbelieferungsbeschränkungen sind im EU-Recht aber grundsätzlich keine zwingende oder bezweckte Wettbewerbsbeschränkung. Das wird erst ab einem gewissen Marktanteil geprüft, was in der Schweiz heute nicht der Fall ist.

Und dann gibt es noch einen Entscheid im Bereich des Sanitärgrosshandels. Die Weko verhängte eine unverhältnismässig hohe Busse von rund 80 Millionen Franken. Dass die Grosshändler in intensivem Wettbewerb standen und Rabatte von bis zu 50 Prozent auf die Listenpreise gewährten, war gemäss Weko aufgrund der Gaba-Praxis irrelevant. Die Bussen beruhten allein auf der formellen Klassifikation der Absprachen, nicht auf deren tatsächlicher Wirkung auf den Wettbewerb. Der Fall der Sanitärgrosshändler zeigt, welche gravierenden Folgen ein Kartellrechtsverfahren haben kann.

Dann gibt es noch die Skimanufaktur Stöckli, die Swissness in die ganze Welt trägt und dazu beiträgt, dass die Schweiz kleine und grosse Kristallkugeln holt. Obwohl die Firma vollständig kooperierte, Fehler beseitigte und mit ihren Marktanteilen von etwa 10 Prozent deutlich unter dem Begriff "marktmächtig" oder "marktbeherrschend" liegt, wurde sie in ihrer Existenz bedroht. Ohne Einzelfallprüfung wurden Millionenbussen in Aussicht gestellt, ein grosser Reputationsschaden und Hunderttausende von Franken Anwaltskosten verursacht. Der Geschäftsführer wendete in dieser Zeit etwa 50 Prozent seiner Arbeitszeit für diese Untersuchung auf.

Wir sollten uns als Gesetzgeber die Frage stellen, welche dieser Fälle wir verhindern wollen.

In einem zweiten Schritt werden die Firmen in der Weko-Untersuchung auf Effizienzsteigerung geprüft. Weil eine quantitative und qualitative Einzelfallprüfung der Schädlichkeit fehlt und diese einfach pauschal angenommen wird, entspricht dies faktisch einer Beweislastumkehr. Durch die enge Auslegung der Weko ist es den Firmen praktisch nicht möglich, zu argumentieren, dass es keine andere Möglichkeit gab, dass die betreffende Abrede nicht zu vermeiden war.

Seit der Praxisänderung aufgrund des Gaba-Urteils gibt es keine Einzelfallprüfung mehr, sofern eine harte Abrede gegeben ist. Wie die Fälle aber zeigen, gibt es nicht einfach weiss oder schwarz im Kartellrecht, und die Lösung mit dem Swiss Finish geht heute deutlich weiter als diejenige der EU.

Die Beispiele zeigen, dass nicht nur die Bauwirtschaft, sondern diverse Wirtschaftsbranchen von dieser Kartellrechtspraxis betroffen sind. Die problematischsten Folgen der heutigen Kartellrechtspraxis lassen sich aber gerade nicht an veröffentlichten Sanktionen oder Gerichtsurteilen ablesen. Es besteht eine erhebliche Dunkelziffer. Unternehmen verzichten auf Kooperationen, weil sie eine kartellrechtliche Untersuchung und mögliche Sanktionen befürchten. Die Kategorie der sogenannten Kernbeschränkungen wird aktuell durch Behörden und Gerichte so weit ausgelegt, dass jegliche Zusammenarbeit mit Bezug zu Preisen, Mengen oder Gebieten rechtliche Risiken schafft, dies auch, wenn die Zusammenarbeit ökonomisch sinnvoll oder sogar wettbewerbsfördernd wäre. Beispiele sind Einkaufsgemeinschaften, bei welchen kleinere Detailhändler ihre Verhandlungsmacht bündeln, um tiefere Einkaufspreise bei den Lieferanten zu erwirken. Obwohl die Zusammenarbeit sinnvoll war, eröffnete die Weko beispielsweise eine Untersuchung gegen die Markant AG und Geschäftspartner von ihr, darunter auch gegen Spar, weil sie ein unzulässiges horizontales Preiskartell vermutete. Dies belastete Spar und machte die Firma konkurrenzunfähig. Sie steht nun zum Verkauf. Ich bezweifle, dass diese Situation wettbewerbspolitisch im Interesse der Schweiz ist.

Weiter gibt es die Spezialisierungsvereinbarungen, bei denen Unternehmen Arbeitsteilung betreiben, um effizienter zu produzieren. Wird dabei über Preiselemente gesprochen, was in den meisten Fällen erforderlich ist, wird die Kooperation sofort unzulässig. Dann gibt es im Bereich Forschung und Entwicklung Kooperationen, die technologische Innovationen ermöglichen, die ein Unternehmen allein nicht stemmen könnte. Es gibt auch die Abstimmungen entlang der Wertschöpfungskette, etwa, um gemeinsam mit integrierten internationalen Marktteilnehmern zu konkurrieren. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen kann eine Kooperation die einzige realistische Möglichkeit sein, sich im Wettbewerb mit grossen, vertikal integrierten Unternehmen zu behaupten.

Diese Kartellrechtsrevision enthält diverse unbestrittene Verbesserungen. Absolut zentral in dieser Vorlage ist Artikel 5 Absatz 1bis. Ich habe die Beispiele erwähnt. Wichtig ist, dass bei der Beurteilung der Erheblichkeit die Beeinträchtigung des Wettbewerbs weder tatsächlich eingetreten sein noch von den Behörden nachgewiesen werden muss. Eine drohende erhebliche Beeinträchtigung reicht aus. Hierzu ist nicht erforderlich, dass komplizierte Berechnungen durchgeführt werden. Ein volkswirtschaftlicher Schaden oder gar eine Kartellrente müssen nicht berechnet werden. Erforderlich ist, dass sich die Behörde eingehend mit dem Einzelfall und dessen Besonderheiten auseinandersetzt und nicht bloss aufgrund von formalen Elementen eine Wettbewerbsschädigung fingiert. Für diese Analyse ist das Sekretariat der Weko bestens gerüstet.

Der Mehrheitsantrag schafft einen Kompromiss zwischen dem Entwurf des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates. Mit dieser Differenz zum Ständerat geben wir diesem auch die Möglichkeit, dies nochmals anzuschauen. Die aktuelle formalistische Praxis hat in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Verunsi-



cherung in der Wirtschaft geführt, welche wir nun korrigieren können. Das entspricht dem klaren gesetzgeberischen Willen. Weder beim Erlass des Kartellgesetzes noch bei der Einführung direkter Sanktionen 2003 wurde ein Per-se-Verbot bestimmter Abreden gewollt. Mit der Ablehnung des Revisionsprojekts 2014 hat das Parlament sich gegen Teilkartellverbote ausgesprochen.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

**Schmezer Ueli** (S, BE): Herr Nationalrat Dobler, ich bin nicht sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben gesagt, Sie seien nicht für Abreden, Sie fänden das nicht gut. Sie kennen sicher den Fall BMW. Nach der Revision wäre die Lösung dieses Falls nicht mehr möglich. BMW machte Abreden, verlangte von Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten viel zu viel. Es gab dann dieses historische Urteil. Danach gingen die Preise um 25 Prozent zurück. Das waren ganz klare Abreden zum Schaden des Wettbewerbs und zum Schaden der Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz. Das wäre nicht mehr möglich. Sie sind gegen ... *(Zwischenruf der Präsidentin: Wie lautet Ihre Frage?)* Meine Frage lautet: Was sagen Sie dazu? Ich sehe da einen Widerspruch.

**Dobler Marcel** (RL, SG): Ich bestreite sehr wohl, dass ein solcher Fall nicht mehr möglich wäre. Der Unterschied ist ja, dass es vor dem Gaba-Urteil eine Einzelfallprüfung gab, wo ein Schaden belegt werden musste. Wir haben von Beat Walti genau gehört, dass mit unserer Lösung kein Schaden belegt werden muss, sondern es im Kontext quantitativer und qualitativer Massnahmen einfach klar sein muss, dass ein Schaden möglich wäre. Seit dem Gaba-Urteil reicht einfach das Vorhandensein eines Papiers. Das Gaba-Urteil führt zu einer Umkehr der Beweislast. Das ist ein Problem, das wir genau hiermit korrigieren wollen. Ich bestreite sehr wohl, dass die Lösung eines BMW-Falls nicht mehr möglich wäre, und sage, dass das weiter möglich sein wird.

AB 2025 N 823 / BO 2025 N 823

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Die Fragen und die Antworten sollten kurz und knapp sein.

**Grossen Jürg** (GL, BE): Ich werde mich mit meinem Votum kurz und knapp halten. Die Grünliberale Fraktion tritt auf die Revision des Kartellgesetzes ein. Diese ist sinnvoll und nötig, birgt aber auch das Risiko einer partiellen Rückentwicklung, wenn wir es nicht gut machen; das muss man im Hinterkopf behalten.

Der Wettbewerb ist für uns ein zentrales Ordnungsprinzip unserer Wirtschaft. Er fördert Innovation, er fördert Effizienz, er fördert Vielfalt, und er wirkt preisdämpfend. Das kommt sowohl den Konsumentinnen und Konsumenten als auch den Unternehmen selbst zugute, insbesondere auch den kleinen und mittleren Unternehmen. Ein wirksames Kartellrecht ist deshalb ein Eckpfeiler unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Grünliberale Fraktion steht für einen starken und funktionierenden Wettbewerb als tragende Säule einer liberalen Wirtschaftsordnung ein.

Die vorliegende Revision enthält durchaus sinnvolle und breit anerkannte Anpassungen, auf die ich zuerst kurz eingehen möchte: Erstens wird der Prüfstandard mit der Modernisierung der Zusammenschlusskontrolle dem internationalen Standard angepasst. Dadurch können Zusammenschlüsse, welche den Wettbewerb signifikant behindern, gezielt untersagt werden. Das ist eine deutliche Verbesserung zum Status quo und stellt uns im internationalen Wettbewerb gleich. Zweitens wird das Widerspruchsverfahren gestärkt und innovationsfreundlicher ausgestaltet. Einerseits erlischt das direkte Sanktionsrisiko für Unternehmen hinsichtlich der gemeldeten Verhaltensweise endgültig, wenn die Wettbewerbsbehörden innert der Widerspruchsfrist keine Untersuchung eröffnen. Andererseits wird die Widerspruchsfrist von fünf auf zwei Monate verkürzt. Das zu den wichtigsten positiven Punkten.

Was uns aber bei der vorliegenden Teilrevision des Kartellgesetzes zunehmend Sorge bereitet, ist der Rückwärtsgang, den einige Kollegen mit ihren Vorschlägen einlegen, insbesondere bei den Artikeln 5 und 7. Ich gehe dann in der Detailberatung vertieft auf diese Punkte ein, mache das also nicht hier.

Insgesamt kann man sagen, dass die GLP-Fraktion ein starkes Wettbewerbsrecht will. Dies kommt allen zugute. Zugleich halten wir fest, dass die Weko in den letzten Jahren in der Praxis nicht immer Fingerspitzengefühl im Umgang mit KMU zeigte; oft fehlte es. Aber statt jetzt mit gesetzlichen Rückschritten zu reagieren und das materielle Wettbewerbsrecht zu verwässern, gilt es, bei der Weko selbst anzusetzen. Der Bundesrat wird die Vorlage zu einer Institutionenreform vorlegen, wie das vom Parlament gefordert worden ist. Diese geplante Reform der Wettbewerbsbehörden ist eine Chance, um die Weko schlussendlich besser aufzustellen, damit das Ganze ein bisschen vernünftiger und lebbar ausgestaltet wird. Dort liegt der Hebel für eine bessere Anwendung, nicht in der Aufweichung des Wettbewerbsrechtes an sich.



**Bregy** Philipp Matthias (M-E, VS): Ich habe geplant, nur ein Votum zu halten, und zwar zum Eintreten und zur Detailberatung zugleich. Worüber reden wir hier heute? Wir reden über Absprachen oder abgestimmte Verhaltensweisen im Wettbewerb, die einen negativen Einfluss auf das Wettbewerbsverhalten und schlussendlich auf die Kunden haben. Sie haben es gehört, ich habe von einem negativen Einfluss gesprochen; ich werde später darauf zurückkommen.

Wir haben in den Beratungen das Kartellrecht auf seinen ursprünglichen Zweck zurückgeführt. Es kann keine Rede davon sein, dem Kartellrecht die Zähne zu ziehen, wie dies Frau Ryser gesagt hat. Dass wir da sind, wo wir heute sind, hat auch mit der durchaus kuriosen Debatte im Ständerat zu tun. Der Ständerat hat sich nämlich genau mit den Fragen intensiv auseinandergesetzt, mit denen sich auch Ihre Kommission auseinandergesetzt hat, und seine Kommission hat einen Vorschlag gemacht. Man hat alles in diesem Sinne durchberaten und am Schluss mit einem Einzelantrag quasi noch das Resultat umgekehrt.

Das heisst, es braucht vertiefte Abklärungen, und genau in dieser Phase sind wir. Die Mitte-Fraktion, ich habe es Ihnen gesagt, ist für Eintreten auf diese Vorlage. Die Mitte-Fraktion wird – mit Ausnahme von Artikel 9 Absatz 1bis des Kartellgesetzes – überall der Mehrheit folgen. Sie haben es vom Berichterstatter, Herrn Kollege Walti, gehört, es gibt viele unbestrittene Anpassungen in Artikel 10 Absätze 1 und 2, in Artikel 12, in Artikel 44a, in Artikel 49a Absatz 1 und so weiter und so fort. Diese umfassen wichtige Punkte, zum Beispiel die Anpassung an internationale Standards, die Stärkung des Kartellzivilrechts, eine Klärung der Verfahren, in denen mit Fristen operiert wird, eine Compliance Defense oder auch das Widerspruchsverfahren. Ich gehe auf diese Punkte nicht ein, das hat der Berichterstatter bereits im Detail gemacht.

Nicht Teil der Diskussion, aber heute immer wieder Gegenstand von Äusserungen war die grundsätzlich schwierige Rolle, die die Weko in den vergangenen Jahren spielte. Man stellt wie bei anderen Untersuchungsorganisationen auch bei der Weko fest, dass man oft die Kleinen drangsaliert und die Grossen ziehen lässt. Nur, die Weko an sich ist heute nicht Gegenstand, trotz der Kritik an ihr und trotz ihres Verhaltens. Wir werden hierzu in der nächsten Zeit noch Vorlagen beraten können und auch beraten müssen, um die KMU vor allzu grosser Einflussnahme durch die Weko zu schützen.

Wenn Herr Kollege Wermuth heute vom Überfahren des Rotlichts gesprochen hat, das zu vergleichen wäre mit den Wettbewerbsabreden, dann bin ich bei jenem Punkt angelangt, wo der negative Einfluss geltend gemacht werden muss. Das Überfahren eines Rotlichts ist nicht zu vergleichen mit einer Absprache, die im Wettbewerb von Zeit zu Zeit nicht unüblich ist und geht, solange sie nicht schädlich ist. Das ist ein zentrales Element dieser Vorlage. Wir finden dies schlussendlich in den Artikeln 5 und 7 geregelt.

Sie brauchen mir die Frage gar nicht zu stellen, ob ich denn für teurere Preise wäre – das bin ich nicht. Aber ich bin für faire Verfahren, und ich bin vor allem für eine konkrete Prüfung, ob eine Absprache denn auch schädlich ist. Für uns ist klar – und das habe ich bereits mit dem Hinweis auf die ständerätliche Debatte gesagt –, dass diese Diskussion im Detail geführt werden muss. Daher ist es aus unserer Sicht entscheidend, dass diese Differenzen zum Ständerat bestehen bleiben, damit sich auch der Ständerat noch einmal im Detail mit dieser Frage, in der er sich eigentlich bereits einig gewesen ist, auseinandersetzen kann. An all diejenigen, die die Errungenschaften der Fair-Preis-Initiative respektive des Gegenvorschlags in Gefahr sehen: Wir sind der Meinung, dass dies so, wie es jetzt formuliert ist, eben gerade nicht der Fall ist. Dies war für die Mitte-Fraktion auch immer der Handlungsansatz und wird dies auch weiterhin bleiben.

Damit komme ich im Detail zu Artikel 5 Absatz 1bis des Kartellgesetzes. Sie haben es heute bereits gehört, die Praxis von Bundesgericht und Weko, zementiert insbesondere durch das Gaba/Elmex-Urteil, hat klar gezeigt: Man lässt die gesetzliche Vermutung gelten, wonach es per se eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs ist, wenn es Wettbewerbsabreden gemäss Artikel 5 Absatz 3 gibt. Das heisst, man vermutet einfach, dass eine Wettbewerbsabrede den Wettbewerb beeinträchtigt. Aber das ist nicht immer und nicht in jedem zentralen Element der Fall. Deshalb ist es wichtig, dass man im Detail prüft, ob der Wettbewerb wirklich beeinträchtigt worden ist. Indem man keine Prüfung der Erheblichkeit macht, wird den beteiligten Unternehmen verunmöglicht, diese gesetzliche Vermutung umzustossen.

Ich will die Beispiele, die Herr Kollege Dobler vorhin aufgeführt hat, nicht mehr alle aufführen. Aber er hat einige Beispiele von Unternehmen aufgezeigt, die wegen der leichtsinnigen Annahme dieser gesetzlichen Vermutung an den Rand ihrer Existenz gebracht worden sind. Das kann nicht der Sinn des Wettbewerbsrechts sein. Der Sinn des Wettbewerbsrechts ist es, den Wettbewerb zu schützen, und nicht, die Unternehmen zu zerstören.

Das heisst konkret, und das ist die Forderung, die wir hier bei Artikel 5 wie bei Artikel 7 stellen, dass es im konkreten Fall zu einer Überprüfung kommt. Sie haben es bereits gehört, es sind nicht übermässige Anforderungen an die Beurteilung.



Es ist nicht einmal ein konkreter Nachweis eines eingetretenen Schadens notwendig. Aber es ist zu prüfen, ob aufgrund dieses Verhaltens ein Schaden eintreten könnte. Das ist aus meiner Sicht das Mindeste, was wir machen können, und es entspricht übrigens auch dem ursprünglichen Gedanken des Kartellrechts.

Das Gleiche gilt für die Regelungen in Artikel 7 Absatz 3 des Kartellgesetzes. Hier geht es der Kommission darum, die heutige Praxis im Gesetz niederzuschreiben. Zentral: Allfällige Missbräuchlichkeit darf nur angenommen werden, wenn das Verhalten im konkreten Fall geeignet ist – Sie hören es: geeignet ist –, andere Unternehmen in der Aufnahme oder in der Ausübung des Wettbewerbs zu behindern oder zu benachteiligen. Diese Prüfung muss gemacht werden, um in der Sache konkret vorzugehen.

Sie sehen: Davon, dass man dem Kartellrecht die Zähne ziehen will, ist in keiner Art und Weise die Rede, sondern wir führen es auf das zurück, was es eigentlich hätte sein sollen, auch bezüglich dessen, was von den Gerichten in den letzten Jahren ausgeweitet worden ist.

Bleibt zu guter Letzt noch die Minderheit in Artikel 9 Absatz 1bis zur eigenständigen Prüfung der Weko. Sie haben es heute von vielen meiner Vorredner bereits gehört: Das Wettbewerbsrecht in der Europäischen Union ist nicht zu vergleichen mit demjenigen in der Schweiz. Es ist teilweise sehr abweichend und teilweise sehr unterschiedlich formuliert. Aus diesem Grund ist es entscheidend, auch zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz, dass wir der Weko diese Rolle belassen, damit sie diese Prüfungen ebenfalls machen kann. Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 9 Absatz 1bis der Minderheit Burgherr zu folgen.

Wir stehen für den Wettbewerb, wir stehen für die Kontrolle des Wettbewerbs, wir wollen aber auch, dass konkret geprüft wird, ob ein Verhalten schlussendlich geeignet ist, einen Schaden anzurichten. Wir stehen vor allem auch dafür ein, dass Unternehmen, die sich in einem Wettbewerb befinden, nicht per se dem Risiko ausgesetzt werden – ohne sich falsch verhalten zu haben –, in ein solches Verfahren mit weitreichenden, existenzbedrohenden Konsequenzen hineingezogen zu werden. Schliesslich geht es in dieser Frage um Rechtssicherheit, um Stabilität und um Arbeitsplätze. In diesem Sinne sind diese Anpassungen, die wir hier machen, eigentlich nichts anderes als eine Rückführung auf die eigentlichen Interessen, die dieser Rat einmal festgelegt hat.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie für Eintreten stimmen und überall – ausser bei Artikel 9 Absatz 1bis – der Mehrheit folgen.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Cher collègue, c'est toujours de bon augure de dire "concrètement". Dès lors, comment expliquez-vous qu'ailleurs dans le monde on ne cherche pas "concrètement" à isoler des effets sur le marché comme vous souhaitez le faire dans la loi ? Comment expliquez-vous que ça n'existe pas ailleurs ?

**Bregy** Philipp Matthias (M-E, VS): Geschätzte Frau Kollegin Sophie Michaud Gigon, es ist nicht so, dass es auch sonst nirgendwo steht. Es ist aber auch nicht die Frage, ob dem so ist. Die Frage ist: Wollen wir prüfen, ob ein Verhalten geeignet ist, einen Schaden zu bewirken? Das ist bereits eine niederschwellige Regelung, die wir sogar noch befürworten. Diese aber zu streichen, würde bedeuten, dass eine Wettbewerbsabrede oder eine Vereinbarung in jedem Fall schädlich sei; genau das müssen wir ausschliessen. Auf der Basis des Passus "in jedem Fall" werden zahlreiche Verfahren mit weitreichenden Konsequenzen durchgeführt, die übrigens deutlich höhere Sanktionen als beispielsweise das Überfahren eines Rotlichts nach sich ziehen.

**Rüeggsegger** Hans Jörg (V, BE): Geschätzter Kollege Bregy, Sie haben vorhin Artikel 7 erwähnt – dort sind Sie allem Anschein nach in der Mehrheit und in einer Minderheit – und immer aus Sicht des Unternehmers argumentiert. Das kann ich durchaus nachvollziehen. Verstehe ich aber richtig, dass es nicht die Absicht der Kommission war, eine bestehende Marktmacht sowie künftige Marktmächte zu stärken und damit auch die Bildung besonders schädlicher Kartelle zu fördern?

**Bregy** Philipp Matthias (M-E, VS): Sie gehen absolut richtig in der Annahme, dass dem so ist. Ich habe übrigens meine Minderheit zurückgezogen, werde diese dementsprechend auch nicht begründen. Noch zu Ihrer Bemerkung, warum ich das aus Sicht des Unternehmers begründet habe: weil die Verfahren, die wir hier behandeln, schlussendlich primär die Unternehmen tangieren und wir aus dieser Sicht berücksichtigen müssen, was das für die Unternehmen bedeutet. Es ist klar: Harte Kartelle und Wettbewerbsmacht sollen weder gestärkt noch gefördert werden.

**Parmelin** Guy, conseiller fédéral: Ce projet de révision partielle de la loi sur les cartels est volumineux et très technique. Je vais de ce fait me concentrer sur les points essentiels.

La dernière révision complète de la loi sur les cartels, certains d'entre vous s'en souviennent, a échoué en septembre 2014 ; cela fait plus de 11 ans. Les modifications techniques longuement attendues ainsi que la



réforme des autorités de la concurrence n'avaient pas abouti. Il est toutefois incontestable que le droit des cartels nécessite encore d'être réformé. Tous les éléments techniques de la révision ont été approuvés à l'unanimité par le Conseil des États et par votre commission préparatoire.

En novembre 2021, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation relative à la présente révision partielle de la loi sur les cartels. Le projet jouit d'un large soutien. Même si cela ne faisait pas partie du paquet proposé, 21 participants à cette consultation ont demandé une réforme des autorités de la concurrence. Le Conseil fédéral a cette fois-ci décidé d'aborder séparément la réforme des autorités de la concurrence. La consultation à ce sujet va être ouverte ce mois encore.

J'en viens maintenant au contenu du projet présenté aujourd'hui. Il y a tout d'abord des éléments techniques. Le premier est la modernisation du contrôle des concentrations, c'est le test SIEC. À l'heure actuelle, la Comco ne peut intervenir en cas de concentration que si celle-ci est susceptible de supprimer une concurrence efficace. Grâce à l'introduction du test SIEC, la Comco peut désormais intervenir lorsque la concentration entrave la concurrence de manière significative. Le test SIEC permet ainsi d'évaluer globalement les effets indésirables sur la concurrence et les gains d'efficacité souhaités. C'est aujourd'hui d'ailleurs le cas dans tous les États membres de l'Union européenne. Le deuxième élément technique est le renforcement du droit civil des cartels, à l'article 12. Un droit civil plus strict en matière de cartel permet à la Comco de se concentrer sur les cas particulièrement importants pour l'intérêt public. De plus, les entreprises lésées peuvent mieux faire valoir elles-mêmes le non-respect des règles du droit des cartels. Le troisième élément technique est l'amélioration de la procédure d'opposition, à l'article 49a alinéa 4. Dans le cadre de cette procédure, les entreprises peuvent annoncer à la Comco les pratiques qu'elles envisagent d'adopter afin de savoir si celles-ci sont licites. Même si cette procédure est aujourd'hui rarement utilisée, le besoin d'une procédure adaptée à la pratique subsiste. C'est pourquoi le Conseil fédéral souhaite rendre la procédure d'opposition plus favorable à l'innovation et mieux adaptée à la pratique. Le Conseil fédéral répond ainsi, dans une large mesure, aux demandes formulées lors de la consultation par les milieux économiques. À cela s'ajoute un nouvel élément voulu par le Conseil des États qui concerne les ligues sportives, à l'article 6. Le Conseil des États a décidé d'exempter de facto les ligues sportives professionnelles du droit des cartels. Les conséquences de cette réglementation sont difficiles à évaluer, car elles ne concernent pas seulement les clubs de hockey sur glace, mais toutes les ligues sportives professionnelles, y compris le football professionnel. Je reviendrai tout à l'heure dans la discussion par article sur ce point.

J'en viens maintenant à la deuxième partie de ce projet, à savoir les réformes que vous avez demandées, Mesdames et Messieurs, que le Parlement a exigées par différentes

#### AB 2025 N 825 / BO 2025 N 825

motions, tout d'abord, la motion Fournier 16.4094. Afin de mettre en oeuvre cette motion, qui a été partiellement acceptée, le Conseil fédéral propose, premièrement, des délais pour la durée de la procédure, à l'article 44a, et, deuxièmement, une réglementation sur l'indemnisation des parties en première instance dans la procédure administrative, à l'article 53b.

La deuxième motion à mettre en oeuvre est la motion Wicki 21.4189. Le Conseil fédéral propose de régler expressément les trois principes procéduraux suivants : premièrement, la maxime de l'instruction, c'est à l'article 39a ; deuxièmement, la présomption d'innocence, c'est à l'article 53 alinéa 3 et, troisièmement, le fardeau de la preuve à la charge de l'État, c'est à l'article 53 alinéa 4. Dans les faits, cela n'entraîne aucun changement. En effet, ces principes s'appliquent déjà aujourd'hui, cela va de soi, autant en théorie qu'en pratique. C'est pourquoi le Conseil fédéral avait, à l'époque, rejeté la motion.

Enfin, il y a la mise en oeuvre d'une troisième motion, la fameuse motion Français 18.4282. Dans les délibérations menées jusqu'à présent, la mise en oeuvre de cette motion a constitué le point d'achoppement. La motion est une réaction à la décision du Tribunal fédéral dans l'affaire Gaba et vise à une modification de l'article 5 de la loi sur les cartels. D'une part, on craint que les enquêtes au cas par cas n'aient, aujourd'hui, que trop peu de poids et, d'autre part, on craint que les consortiums ne soient plus autorisés en droit des cartels. De tels consortiums sont particulièrement courants dans le secteur de la construction. Le Conseil fédéral propose donc les trois éléments suivants pour la mise en oeuvre de cette motion. Premièrement, la loi précisera clairement que les consortiums favorisant la concurrence ne constituent pas des accords en matière de concurrence ; c'est l'article 4. Deuxièmement, la loi instaure le principe d'opportunité, afin que la Comco ne poursuive pas les infractions présumées légères ; c'est l'article 27 alinéa 1bis. Troisièmement, des critères qualitatifs et quantitatifs doivent être pris en compte pour les accords dits durs en matière de concurrence ; c'est la discussion que vous aurez en détail sur le fameux article 5.

Le Conseil des États a adopté les deux premiers éléments en juin 2024. En ce qui concerne le troisième



élément problématique, il a suivi la position du Conseil fédéral et rejeté un affaiblissement de l'article 5 de la loi sur les cartels.

La commission préparatoire de votre conseil suit la commission de l'autre conseil et propose une modification à l'article 5 de la loi. Selon le point de vue de l'administration, la proposition de la commission de votre conseil correspond à celle du Conseil fédéral visant à modifier l'article 5 de la loi sur les cartels. Le Conseil fédéral continue de rejeter un affaiblissement de cet article 5, mais, si toutefois vous souhaitez absolument une modification, la variante proposée par la commission préparatoire de votre conseil constitue une solution envisageable.

Enfin, il y a encore quelques éléments. Premièrement : une réglementation des accords sur les prix dits bruts. C'est une alternative présumée à la motion Français 18.4282. Dans le cadre de la discussion sur cette motion, le Conseil des États a accepté une modification de l'article 5 alinéa 3 lettre a de la loi sur les cartels. La réglementation vise à exclure les accords sur les prix dits bruts des sanctions directes. Or, avec la modification actuelle, ce sont toutefois surtout les prix les plus élevés qui seraient concernés. Ils seraient ainsi exemptés de sanctions en cas d'entente horizontale sur les prix. Par exemple, deux grands détaillants pourraient désormais convenir de payer moins aux agriculteurs pour leurs produits sans craindre des sanctions. Cette modification affaiblit la loi sur les cartels et entraîne une grande insécurité juridique, en particulier pour les petites et moyennes entreprises. Je vous invite donc à examiner particulièrement ce point tout à l'heure lors de la discussion par article.

Enfin, il y a encore ce qu'on appelle le caractère préjudiciable en cas d'abus ; c'est l'article 7 alinéa 3. Conformément à la volonté de la majorité de la commission de votre conseil et contrairement au Conseil des États et au Conseil fédéral, les dispositions relatives aux entreprises ayant une position dominante ou un pouvoir de marché relatif prévues à l'article 7 de la loi sur les cartels doivent être modifiées. Comme l'administration l'avait indiqué dans une note à l'attention de la commission de votre conseil, l'ajout d'un alinéa 3 à cet article 7 du projet de loi précise la situation juridique en vigueur. La loi stipule que la Comco doit procéder à un examen au cas par cas dans les cas visés à l'article 7 de la loi sur les cartels. Il est également important de souligner que cette clarification n'entraîne aucun affaiblissement des règles relatives au pouvoir de marché relatif introduites en 2022 dans le cadre de l'initiative pour des prix équitables.

De tous les groupes que j'ai entendus s'exprimer précédemment à la tribune, j'ai relevé les mots suivants : "Wettbewerb", "Stärkung", "Wirksamkeit", "Rechtssicherheit", "zukunftsorientiert", "nötig", "sinnvoll", "pas de surréglementation", "ne pas affaiblir le droit de la concurrence", "transparence".

Je vous invite donc à entrer en matière et à vous souvenir, lors de la discussion par article, de ce que vous avez dit à la tribune et qui va précisément dans le sens d'une modernisation du droit des cartels, dans l'intérêt de toutes les entreprises – les PME surtout – et de toutes nos concitoyennes et de tous nos concitoyens. Je vous prie d'entrer en matière.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Merci, Monsieur le conseiller fédéral, pour vos explications. Merci aussi pour la clarté du message. Le Conseil fédéral est donc contre l'affaiblissement proposé à l'article 5 alinéa 1bis, tout comme la minorité II (Bertschy). Comment imaginez-vous que les tribunaux pourraient interpréter la proposition de la majorité de la commission, si elle devait être adoptée à la fin de nos débats et après le passage au Conseil des États ? Comment imaginez-vous que cela pourrait être tranché par un tribunal ?

**Parmelin** Guy, conseiller fédéral: Madame la conseillère nationale, vous me demandez d'être proactif et de me substituer au tribunal, mais il y a la séparation des pouvoirs. Je vous propose qu'on fasse d'abord le débat, qu'on voie où sont les majorités. Je m'exprimerai sur cet article et, si nécessaire, je le ferai à nouveau au Conseil des États.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*



## **Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen** **Loi fédérale sur les cartels et autres restrictions à la concurrence**

*Detailberatung – Discussion par article*

### **Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 4 Abs. 1bis**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

### **Titre et préambule, ch. I introduction, art. 4 al. 1bis**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des États

*Angenommen – Adopté*

**Le président** (Page Pierre-André, premier vice-président): Nous mènerons un seul débat sur les propositions des différentes minorités.

**Burgherr** Thomas (V, AG): Ich begründe meine drei Minderheitsanträge. Bei meinem Minderheitsantrag zu Artikel 5 Absatz 1bis geht es um eine Kernfrage und ein Hauptproblem der heutigen Praxis. Heute muss die Weko die tatsächlichen wettbewerbswidrigen Auswirkungen einer Abrede nicht belegen. Wir möchten aber, dass die Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt werden muss. Es gibt eben zu viele Theoretiker; die Einschränkung des

AB 2025 N 826 / BO 2025 N 826

Wettbewerbs soll jedoch in der Praxis stattfinden müssen, damit sie wirksam bekämpft werden kann – sonst werden Tür und Tor für zahlreiche Interventionen geöffnet. Hier soll die Einschränkung im Zentrum stehen. Die Weko soll die Schädlichkeit konkret, quantitativ und qualitativ, darlegen müssen. Es versteht niemand, dass Sanktionen ausgesprochen werden, selbst wenn die Firmen die Absprachen nie umsetzen oder sie in der Praxis keinen messbaren Schaden verursachen.

Da sind wir bei der Beweislastumkehr. Es geht nicht darum, einen konkreten wirtschaftlichen Schaden zu beziffern, wohl aber um eine sachgerechte Abwägung aller relevanten Umstände. Im Fokus der Betrachtung steht wieder, wie ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehen, die Auswirkung auf den wirksamen Wettbewerb im konkreten Einzelfall. Selbst in der EU wird eine rein formalistische Beurteilung sogenannter bezweckter Wettbewerbsbeschränkungen abgelehnt. Somit ist die Formulierung der Minderheit I (Burgherr) zu bevorzugen, weil ein Schaden entstehen muss und die Theorie allein nicht genügt. Es geht darum, eine überschüssige Praxis bei der Handhabung von Abreden zu korrigieren.

Auch bei meinem Minderheitsantrag zu Artikel 7 Absatz 3 geht es darum, dass eine konkrete Einschränkung nachgewiesen werden muss. Hierbei geht es jedoch um den Begriff der Marktmacht. Auch dort soll die konkrete Einschränkung und nicht irgendein theoretisches Konzept ausschlaggebend sein. Es darf nicht sein, dass einfach pauschal ein möglicherweise schädliches Verhalten ausreicht. Es kann nicht sein, dass anhand abstrakter Kategorien und nicht aufgrund der konkreten Auswirkungen entschieden wird. Da gehen Realität und Theorie weit auseinander. Das führt zu Rechtsunsicherheit und Unfairness. Auch in Europa werden strengere Beweisanforderungen für die wettbewerbswidrigen Auswirkungen einer Verhaltensweise verlangt.

Zu meinem letzten Minderheitsantrag: Wir möchten Artikel 9 Absatz 1bis streichen. In Absatz 1 wird gesagt, welche Vorhaben über Zusammenschlüsse von Unternehmen vor ihrem Vollzug der Wettbewerbskommission zu melden sind. Es werden Kriterien wie die Umsatzhöhe genannt. Absatz 1bis will nun aber wieder Ausnahmen definieren, die aus unserer Sicht unnötig sind. Wir pochen auf die Eigenständigkeit der Fusionskontrolle. Die Schweiz hat bewusst ein zurückhaltendes System der Fusionskontrolle mit hohen Hürden für ein Eingreifen der Weko. Damit werden Unternehmen nicht unnötig behindert. Bisher ist die Schweiz nicht schlecht damit gefahren. Wir sollten uns hier nicht der EU mit längeren Verfahren und höheren Kosten angleichen. Es besteht die Gefahr, dass die Kompetenz der EU-Kommission über das EU-Recht hinaus ausgedehnt wird. Das führt zu Rechtsunsicherheit. Da möchten wir lieber souverän bleiben.

Ich bitte Sie, meine drei Minderheiten zu unterstützen.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Kollege Burgherr, Sie machen also Gesetze für den konkreten Fall. Die Weko



muss beweisen, dass eine Abrede besteht. Wie könnte die Weko konkret beweisen, dass ein Preis auf eine verbotene Abrede und nicht auf erhöhte Energiepreise oder neue Zollltarife zurückzuführen ist?

**Burgherr** Thomas (V, AG): Liebe Kollegin, ja, die Weko muss halt Untersuchungen machen, um belegen zu können, dass es so ist.

**Masshardt** Nadine (S, BE): Herr Burgherr, können Sie mir eine Arbeitsgemeinschaft in der Baubranche nennen, die von der Weko zu Unrecht gebüsst wurde?

**Burgherr** Thomas (V, AG): Ja, es gibt viele, die ich Ihnen nennen könnte, beispielsweise im Strassenbau – ich möchte hier aber keine Namen nennen.

**Schmezer** Ueli (S, BE): Sie betonen die quantitativen Kriterien, aber ich möchte anschliessen an die Frage, die Sie nicht beantwortet haben: Was genau sollte die Weko einander gegenüberstellen, um eine unfaire Preisabsprache beweisen zu können? Was genau?

**Burgherr** Thomas (V, AG): Realitätsbezogene Fakten müssen einander gegenübergestellt werden.

**Le président** (Page Pierre-André, premier vice-président): M. Jürg Grossen présentera la proposition de la minorité II (Bertschy) et s'exprimera également au nom du groupe vert/liberal.

**Grossen** Jürg (GL, BE): Ich vertrete in diesem Votum die Minderheit II (Bertschy) und nehme bei dieser Gelegenheit auch gleich zu den anderen Artikeln im Namen der GLP-Fraktion Stellung.

Zu Artikel 5 Absatz 1bis und dem Antrag der Minderheit II: Der Ständerat ist hier der Empfehlung der Verwaltung gefolgt und hat nach längerer Diskussion davon abgesehen, das geltende Recht zu ändern. Damit würde das Gaba-Urteil weiterhin Bestand haben. Das wäre zu begrüessen. Die GLP-Fraktion und die Minderheit II beantragen Ihnen deshalb, hier dem Ständerat zu folgen und am geltenden Recht festzuhalten.

Der Antrag der Mehrheit der WAK-N sieht hingegen eine neue Formulierung in Artikel 5 Absatz 1bis vor. Diese Formulierung stammt nicht aus der Feder der Verwaltung, sondern sie wurde wesentlich durch externe Akteure geprägt, welche spezifische wirtschaftliche Interessen verfolgen. Diese neue Formulierung verlangt eine Gesamtbeurteilung anhand qualitativer und quantitativer Elemente. Das klingt einigermassen harmlos, ist es aber möglicherweise nicht, denn diese Begriffe sind juristisch und ökonomisch nicht geklärt und eröffnen neue Interpretationsspielräume. Die Folge könnten langjährige Streitigkeiten, neue Unsicherheiten, höhere Verfahrenskosten usw. sein. Die durch das Gaba-Urteil gewonnene Rechtssicherheit würde dahinschmelzen, dies zulasten der KMU, der Behörden und der Konsumierenden. Dabei wäre der Effekt auf das materielle Ergebnis wahrscheinlich gering. Eine schädliche Absprache bleibt verboten, sie wird einfach schwieriger zu beweisen sein. Damit verzögert sich die Sanktion. Deshalb beantragen wir Ihnen, der Minderheit II (Bertschy) zuzustimmen und damit der Version des Ständerates zu folgen und beim geltenden Gesetz zu bleiben.

Zu den weiteren offenen Punkten: In Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a beantragt der Ständerat, dass gewisse indirekte Preisabsprachen vom Kartellgesetz nicht mehr erfasst sind. Damit würde das Kartellrecht an einer zentralen Stelle entkernt. Beschaffungsseitige Kartelle wären wieder möglich. Das wäre ein klarer Rückschritt. Damit würde nämlich das Risiko steigen, dass Verarbeiter und Detailhändler Abreden über maximal zu bezahlende Einkaufspreise abschliessen würden, dies z. B. zulasten der Landwirtschaft. Die Mehrheit der Kommission des Nationalrates lehnt dies ab und schlägt vor, beim bestehenden Kartellgesetz zu bleiben, anstatt es in diesem Punkt zu schwächen. Wir begrüessen das und beantragen hier, der Mehrheit zu folgen.

Die Minderheit Michaud Gigon hingegen will die Bruttopreisabsprachen erlauben. Die Frage der Zulässigkeit von Absprachen bei Bruttopreisen ist jedoch im Moment Gegenstand von Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht. Wir würden hier während hängiger Gerichtsverfahren die Regeln ändern. Das ist aus unserer Sicht rechtsstaatlich heikel. Es ist besser, hier am geltenden Recht festzuhalten und die Rechtsprechung abzuwarten; das will auch die Mehrheit der Kommission.

Zu Artikel 7 Absatz 3 bezüglich des marktbeherrschenden Verhaltens: Die Mehrheit der Kommission will auch hier eine neue Formulierung einführen, analog zur Abschwächung in Artikel 5 Absatz 1bis. Auch diese Abweichung vom geltenden Recht bringt Unsicherheit und lädt geradezu zu Rechtsstreitigkeiten ein. Deshalb unterstützen wir in diesem Punkt die Minderheit III (Michaud Gigon) und beantragen Ihnen, am geltenden Recht festzuhalten und auf eine Änderung zu verzichten.

Im Übrigen bitten wir Sie, bei den Artikeln 9 Absatz 1bis und Absatz 1ter sowie 49a Absatz 1 jeweils der Mehrheit zu folgen.





AB 2025 N 827 / BO 2025 N 827

**Le président** (Page Pierre-André, premier vice-président): Mme Michaud Gigon présentera les propositions de sa minorité et s'exprimera également au nom du groupe des Verts.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Ma proposition de minorité, à l'article 5 alinéa 3, a été déposée comme une main tendue pour éviter que notre conseil ne saborde les deux points essentiels à l'article 5 alinéa 1bis et à l'article 7 alinéa 3. Vous cherchez à alléger la peine des entreprises en bridant la Comco : cette proposition de minorité va dans votre sens, ainsi vous pourrez éviter de saborder le mordant d'une loi au bazooka.

Cela vous permettrait de résoudre votre problème précis de manière ciblée, sans compliquer le contrôle des entraves à la concurrence, ni violer la Constitution, ni peser inutilement sur les relations avec l'Union européenne. Compte tenu des bouleversements de la politique commerciale internationale en cours, notre pays ne peut pas se permettre d'affaiblir le droit de la concurrence.

Cette proposition de minorité ne modifie en rien les dispositions relatives à l'appréciation de la licéité ou de l'illicéité d'un accord, selon l'article 5 alinéas 1 et 2 de la loi sur les cartels. Elle n'aurait donc pas pour conséquence d'autoriser davantage d'accords à l'avenir. Seul le nombre d'accords directement sanctionnables serait réduit. Cette proposition de la minorité est conforme au principe constitutionnel de la proportionnalité. Cette précision dans les faits réduit les sanctions directes de la Comco sur les cas bagatelles et rend sans objet les motions pour affaiblir la Comco. Cela doit ainsi, je l'espère, vous convaincre de laisser tomber la proposition hors sol à l'article 5 alinéa 1bis qui rend la loi inopérable – et non pas plus concrète, Monsieur Bregy.

L'article 7 concerne la position dominante et le pouvoir de marché relatif. Ici, j'en appelle aux représentants et représentantes du monde agricole à réagir et à soutenir ma minorité III à l'article 7 alinéa 3. Elle vise à suivre la décision du Conseil des États et donc à en rester au droit en vigueur. J'en appelle aussi à celles et ceux qui se considèrent comme des soutiens des PME dans ce pays et qui ont tout à coup disparu des groupes du Centre et libéral-radical durant ce débat.

En 2021, le Parlement a introduit la notion de pouvoir de marché relatif et a ainsi élargi le contrôle sur les entreprises dominantes et les pratiques déloyales. En septembre 2024, la Comco a rendu sa première décision constatant un abus de pouvoir de marché relatif au sens de l'article 4. Le point de départ était une plainte déposée par Payot contre le groupe éditorial français qui l'avait empêché de s'approvisionner directement en France aux conditions usuelles dans ce pays et l'avait contraint à passer par un importateur général suisse qui distribuait des ouvrages à des prix nettement plus élevés. On se demande d'où vient l'îlot de cherté en Suisse, et on veut permettre aux entreprises suisses d'avoir les mêmes conditions que leurs concurrents en ligne ou que d'autres entreprises françaises ou allemandes. Alors, la loi sur les cartels ne doit pas être affaiblie, car nous ne commencerons que prochainement à pouvoir en apprécier les effets.

Vous l'avez compris : par rapport à leurs concurrents étrangers, les PME pâtissent du manque de liberté économique et de l'obligation de se fournir auprès d'un importateur exclusif. Plusieurs petites entreprises en Suisse dépendent beaucoup d'entreprises plus grosses sans avoir vraiment d'alternative ni de possibilité d'exercer un pouvoir de négociation, que l'on parle de plateformes, de moyens de paiement pour les PME, d'approvisionnement en machines, en fournitures ou que l'on parle de services divers. Producteurs agricoles et PME connaissent bien cette situation.

L'article 7 de la loi sur les cartels protège les petits producteurs, tels les vigneron, contre les acheteurs puissants sur le marché. Si un vigneron livre, par exemple, une grande partie de ses vins à un grand détaillant, celui-ci ne doit pas être en droit de profiter de cette dépendance pour faire baisser le prix d'achat de manière abusive. Les vigneron suisses devraient alors livrer leurs vins à des prix plus bas et se retrouveraient en difficulté financière. Il ne sert à rien de soutenir financièrement la promotion des vins suisses, comme on le fait ici en accordant des millions de francs supplémentaires, si l'on n'est pas attentif aux pratiques déloyales qu'ils subissent ensuite. Le contribuable suisse paie pour une branche – les producteurs – que le Parlement affaiblirait par ailleurs en ouvrant la porte aux pratiques commerciales inéquitables. Ce serait vraiment le comble. Les partis qui, à tout va, appellent à la rigueur budgétaire ouvrent ici la porte à une aggravation du problème que l'État devra, in fine, pallier. Je vous recommande donc de soutenir le droit en vigueur par le biais de ma proposition de minorité III (Michaud Gigon) à l'article 7. Ce Parlement soutient massivement l'agriculture. La moindre des choses serait alors que nous soyons capables de voir quand une disposition législative aura un réel impact économique sur les producteurs. Il n'y a pas que les subventions qui comptent. Certes, cela semble moins tangible que 14 milliards de francs de paiements directs, mais le prix auquel les producteurs paient leurs machines et celui auquel ils vendent leurs produits aux détaillants est capital pour leurs marges et, donc, pour



la rétribution de leur travail.

En soutenant la majorité de la CER-N à l'article 7, vous renforcez la position dominante des gros acteurs, qui peut être abusive. On sait déjà qui tient le couteau par le manche lors des négociations. La proposition de la minorité III (Michaud Gigon) maintient le droit en vigueur, comme le fait le Conseil des États. Elle est donc centrale pour les producteurs agricoles.

**Le président** (Page Pierre-André, premier vice-président): M. Dobler présentera la proposition de sa minorité et s'exprimera également au nom du groupe libéral-radical.

**Dobler Marcel** (RL, SG): Gerne nehme ich im Namen der FDP-Liberalen Fraktion Stellung zur Detailberatung und werde auch gleich zu meiner Minderheit bei Artikel 49a sprechen.

Unsere Haltung zu Artikel 5 Absatz 1bis habe ich bereits in meinem Eintretensvotum begründet. Zur Feststellung einer erheblichen Beeinträchtigung des Wettbewerbs braucht es nach der Mehrheit der WAK-N eine Gesamtbeurteilung, bestehend aus "Erfahrungswerten" und den "konkreten Umständen auf dem Markt". Der Antrag der Mehrheit der WAK-N unterscheidet sich auch vom Entwurf des Bundesrates. Da könnte man davon ausgehen, dass eine qualitative Erheblichkeit weiterhin allein gestützt auf die Form der Abrede festgestellt werden kann. Ziel muss es aber sein, eine effektive Auswirkungsanalyse vorzunehmen und nicht mehr auf die Gaba-Praxis zurückzufallen, wie es der Ständerat oder die Minderheit II (Bertschy) fordern. Die Minderheit I (Burgherr) entspricht dem Wortlaut des Antrages aus der Kommission der WAK-S, der im Ständerat abgelehnt wurde. Ich bitte Sie, dem Kompromiss der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und diese Differenz zum Ständerat zu schaffen.

Bei Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a bitte ich Sie, der Minderheit Michaud Gigon zu folgen. Sollten Sie bei Artikel 5 Absatz 1bis der Kommissionsmehrheit folgen, hat dieser Punkt einen symbolischen Charakter. Diese Minderheit will regeln, bei welchen Preisabreden eine Beseitigung des wirksamen Wettbewerbs vermutet wird. Dies wird bei Artikel 5 Absatz 1bis bereits in einer Gesamtbeurteilung gemacht. Die Mehrheit will zum geltenden Recht zurückkehren, was Interpretationsspielraum lässt und einer unpräzisen Formulierung entspricht, was auch verschiedentlich in der Beratung bemängelt wurde. Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen, um die Vermutung klar zu präzisieren.

Bei Artikel 7 Absatz 3 geht es um die unzulässigen Verhaltensweisen marktbeherrschender und relativ marktmächtiger Unternehmen und darum, ob diese gleich wie bei Artikel 5 Absatz 1bis einzelfallweise in einer Gesamtbeurteilung geprüft werden sollen. Gemäss Verwaltung entspricht dieser Absatz der aktuellen Rechtsanwendung und dem geltenden Recht. Das Gaba-Urteil betrifft Artikel 5 Absatz 1bis. Um sicherzustellen, dass auch in Zukunft keine Praxisänderung vollzogen werden kann, schlägt die Kommissionsmehrheit Ihnen diese Präzisierung vor.

Die Minderheiten I (Burgherr) und II (Bregy) verlangen die Darlegung der effektiven Schädlichkeit, was sich aber in der Praxis als schwierig darstellt, beispielsweise bei der

AB 2025 N 828 / BO 2025 N 828

Berechnung eines effektiven Schadens. Die Minderheit II (Bregy) wiederum möchte mit dem gleichen Wortlaut harte Abreden zur Verhinderung von Parallelimporten von der Schädlichkeitsprüfung ausnehmen. Ich bitte Sie, den Formulierungsansatz aus Artikel 5 Absatz 1bis zu übernehmen und der Kommissionsmehrheit zu folgen. Ich bitte Sie, bei Artikel 9 Absatz 1bis der Kommissionsmehrheit zu folgen. Ziel der Regelung ist nicht, die Schweizer Unternehmen einer strengeren Fusionskontrolle durch die EU zu unterwerfen. Ziel ist vielmehr die Vermeidung unnötiger Bürokratie für die Unternehmen. Bei Zusammenschlüssen von internationalen Unternehmen kann es zu parallelen Prüfungen durch mehrere Wettbewerbsbehörden kommen. Das ist sinnlos, wenn es nicht um nationale, sondern um internationale Märkte geht. Mit der neuen Regelung werden solche Redundanzen verringert, und der administrative Aufwand sinkt für die Unternehmen. Es gibt aber de facto weder eine Änderung der Zuständigkeiten noch der Wettbewerbspolitik an sich. Die EU-Kommission wird die Zusammenschlüsse nach ihren eigenen Kriterien so oder so überprüfen, egal, ob und was die Schweizer Behörden beschliessen. Die Regelung bringt den internationalen Unternehmen nur den Vorteil, dass sie zukünftig auf eine Alibimeldung in der Schweiz verzichten dürfen.

Bei Artikel 49a Absatz 1 bitte ich Sie, der Minderheit Dobler zu folgen. Damit setzen Sie den Unternehmen einen Anreiz, Vorkehrungen zur Vermeidung von Verstössen gegen das Kartellgesetz vorzunehmen. Sofern sie angemessen sind, sollen sie sanktionsmindernd berücksichtigt werden. Der Ermessensspielraum, ob sie angemessen und wie sanktionsmindernd sie sind, bleibt offen. Es bleibt also genügend Handlungsspielraum in der Bemessung bei gleichzeitiger Schaffung eines Anreizes. Der Vorwurf, dass Unternehmen Vorkehrungen



treffen und diese bewusst nicht einhalten, um von Sanktionsminderungen zu profitieren, ist im Wissen, dass der Ermessensspielraum gross ist, übertrieben und konstruiert.

Ich bitte Sie, überall der Mehrheit zu folgen, jedoch mit Ausnahme der Minderheit Michaud Gigon bei Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a und meiner Minderheit bei Artikel 49a Absatz 1.

**Widmer Céline** (S, ZH): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, bei der Detailberatung alle Anträge, die das Kartellgesetz schwächen, abzulehnen, dies ganz besonders in Artikel 5 Absatz 1bis und Artikel 7 Absatz 3.

Artikel 5 schützt vor Absprachen zwischen Unternehmen, wenn zum Beispiel zwei Grossverteiler abmachen, ihre Preise nicht zu unterbieten, oder wenn Grosshändler durch Absprachen ihre Lieferanten unter Druck setzen. Solche Kartelle sind ein Problem und zum Nachteil für Konsumentinnen und Konsumenten, für andere nicht eingebundene Produzentinnen und Produzenten sowie für deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mehrheit der WAK-N möchte, dass zukünftig auch bei harten Wettbewerbsabreden grundsätzlich eine Prüfung von quantitativen Elementen erforderlich sein soll. Wir lehnen dies klar ab, denn es würde die Bildung besonders schädlicher Kartelle wieder erleichtern und missbräuchliches Verhalten marktmächtiger Akteure begünstigen. Damit könnten insbesondere international tätige Konzerne den Schweizer Markt auch wieder leichter abschotten, Parallelimporte behindern und überhöhte Preise zulasten der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten und KMU durchsetzen.

Die Prüfung der Erheblichkeit von Abreden ist klassisches Juristen- und Juristinnenfutter. Es verlängert und verteuert unnötigerweise kartellrechtliche Verfahren. Vor allem aber bedeutet es eine gefährliche Relativierung des Absprache- und Kartellverbots. Dies mag im Interesse von grossen Konzernen und Anwaltskanzleien liegen, ist aber sicher nicht im Interesse von KMU und Konsumenten und Konsumentinnen.

Der Ständerat hat Artikel 5 Absatz 1bis erfreulicherweise gestrichen. Leider hat die Mehrheit der WAK-N die Bestimmung in einer leicht abgeänderten, aber immer noch schädlichen Form wieder aufgenommen. Wir folgen hier deshalb der Minderheit II (Bertschy) und damit dem Ständerat.

Zudem will die Mehrheit der WAK-N auch in Artikel 7 Absatz 3, wo die Regeln für marktbeherrschende und relativ marktmächtige Unternehmen festgehalten sind, eine analoge Regelung wie in Artikel 5 einführen. Die Konsequenz wäre hier noch schlimmer. Marktbeherrschende und marktmächtige Unternehmen könnten ihre Stellung viel leichter zulasten von KMU und Konsumenten und Konsumentinnen ausnutzen, insbesondere natürlich in Form von überhöhten Preisen.

Die Änderung – und da möchte ich Kollege Bregy widersprechen – würde grundlegend dem Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative widersprechen, für den sich die SP auch erfolgreich eingesetzt hat. Ein aktuelles Beispiel vom letzten Jahr zeigt das ganz deutlich: Die französische Verlagsgruppe Madrigal verweigerte der Westschweizer Buchhändlerin Payot den Direktimport französischsprachiger Bücher zu den in Frankreich üblichen Konditionen. Stattdessen verlangte Madrigal höhere Preise, was Payot zwang, Bücher über teurere Kanäle zu beziehen. Die Weko stellte fest, dass Madrigal seine relative Marktmacht missbrauchte, und verpflichtete Madrigal, den Direktimport zu fairen Preisen zu ermöglichen.

Dieser Entscheid basiert auf den neuen Bestimmungen zur relativen Marktmacht, die eben im Zuge der Fair-Preis-Initiative eingeführt wurden. Mit der Änderung der WAK würde diese Errungenschaft zunichtegemacht. Die vorgeschlagene Änderung würde die Weko schwächen, indem sie klare Verbote von Preis- und Gebietsabsprachen sowie den Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch eine aufwendige Einzelfallprüfung ersetzen würde. Das ist im Falle von relativer Marktmacht – der Begriff zeigt die Problematik schon – ein fast aussichtsloses Unterfangen. Dies würde es Unternehmen, wie das Beispiel Madrigal zeigt, ermöglichen, ihr Verhalten zu rechtfertigen und zumindest Verfahren in die Länge zu ziehen und Verhaltensänderungen zu verzögern. Ich bitte Sie daher dringend, bei Artikel 7 der Minderheit III (Michaud Gigon) und damit auch dem Ständerat zu folgen.

Dann noch zu zwei kleineren Themen: Bei Artikel 5 Absatz 3 sind wir dagegen, dass Bruttopreisabsprachen wieder möglich sind. Das wollte der Ständerat einführen. Aber namhafte Wettbewerbsjuristen wie der Lausanner Professor Damiano Canapa warnen davor, die Ständeratsversion zu übernehmen. Diese würde zu einer gefährlichen Differenz zum EU-Wettbewerbsrecht führen, was die Schweiz in Schwierigkeiten bringen könnte. Der Antrag der Minderheit Michaud Gigon ist eine Abschwächung der Variante des Ständerates mittels einer in diesem Sinne sinnvollen Präzisierung. Nach den Ausführungen der Verwaltung in der Kommission ist jedoch klar: Auch diese Formulierung würde das Kartellgesetz schwächen. Wir würden dem Antrag der Mehrheit im Sinne eines Kompromisses zustimmen, falls Sie in Artikel 5 Absatz 1bis der Minderheit II (Bertschy) folgen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, wie gesagt, darauf zu verzichten, das Wettbewerbsrecht zu schwächen, und unseren Empfehlungen zu folgen.



**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Je prends la parole au nom du groupe des Verts exclusivement sur l'article 5 alinéa 1bis pour vous enjoindre activement à soutenir la minorité II (Bertschy) et non la majorité de la commission. Le législateur a cherché à avoir une concurrence sur le marché. La loi sur les cartels (LCart) est la base et la Comco en est l'autorité de surveillance. Comme le Conseil des États, le groupe des Verts ne veut pas introduire les articles 5 alinéa 1bis et 7 alinéa 3, d'où les propositions des minorités II (Bertschy) au premier article et III (Michaud Gigon) au second pour en rester au droit en vigueur. Ainsi, nous avons une loi efficace. L'arrêt Gaba a clarifié et renforcé l'interprétation de cette loi. L'objectif du législateur devrait être de ne pas ouvrir, à cause d'un cas qui a déplu, des brèches qui rendent une loi ininterprétable et donc inopérable. Or, c'est ce que ferait la proposition de la majorité à l'article 5 alinéa 1bis, car aucun tribunal ne serait en mesure de trancher. Qui seraient les gagnants ? Les avocats d'affaires, certes, les grands groupes, sans doute, qui peuvent se payer des procédures encore plus longues et coûteuses. C'est visiblement ce que souhaite privilégier la majorité de la CER, suivant les positions de

AB 2025 N 829 / BO 2025 N 829

certaines faitières économiques. Je peux le comprendre dans le cas d'Économiesuisse, dont les principaux fonds proviennent des grands groupes parmi leurs membres. Néanmoins, venant des organisations qui sont censées défendre les PME, on peut vraiment s'interroger, car l'insécurité juridique est à cet endroit, et non pas où le prétend, à tort, le porte-parole du groupe du Centre.

La proposition de la majorité de la CER vise à introduire la nécessité de prouver qu'un accord illicite sur les prix a un effet sur le marché, donc à supprimer la jurisprudence apportée par l'arrêt Gaba. Un argument qui revient souvent est le soi-disant pragmatique "au cas par cas". Vous l'avez entendu dans la bouche du rapporteur qui insistait sur le côté "concret". La majorité argue que le fardeau de la preuve doit désormais être porté par les entreprises. Or, rien n'est plus faux. La Comco fait du cas par cas et doit prouver l'existence d'un accord. Elle examine des mails, entend des témoins, mène une enquête. C'est une charge lourde qui repose entièrement sur la Comco. Le fardeau de la preuve n'est nulle part ailleurs. L'analyse est nécessaire, donc, au cas par cas. L'arrêt Gaba n'y change rien.

Lorsque cette étape, qui est l'étape la plus lourde, a enfin pu être faite et qu'un accord a été prouvé, il ne pourrait alors pas être considéré comme illicite et il faudrait encore pouvoir en prouver les effets sur le marché, n'est-ce pas ? Qui est capable d'isoler les facteurs d'impact sur les prix finaux d'un accord illicite sur les prix ? Vous pouvez, au même moment, avoir une crise énergétique, une imposition de droits de douane, une augmentation des tarifs par un pays étranger : des exemples de situations qui ont eu lieu ou qui ont lieu actuellement. Qui peut isoler alors l'effet d'un accord sur les prix, par-dessus ? Personne – en tout cas pas notre collègue Burgherr. Nous serions quasiment le seul pays au monde à faire cela. Ce n'est pas une distinction qui existe. Prouver le cloisonnement du marché est déjà bien assez compliqué et lourd.

Par ailleurs, cela contreviendrait, selon certains experts du droit de la concurrence, à l'article 23 des accords de libre-échange avec l'Union européenne. Elle pourrait se retourner contre la Suisse. Vu la situation économique internationale, pensez-vous sincèrement que c'est un risque que nous voulons courir aujourd'hui ? Le groupe des Verts ne le pense pas !

Ce n'est pas une solution de compromis comme nous avons entendu le rapporteur la vendre, c'est une mauvaise idée qui servira une corporation spécialisée d'avocats, qui desservira les entreprises concernées, qui seront confrontées à une insécurité juridique et à des procédures encore plus longues. C'est aussi une proposition qui desservira ceux qui, aujourd'hui, pâtissent de l'îlot de cherté suisse : les ménages, les PME, les agriculteurs et les vignerons. Cela représente donc la majorité de la population. La majorité du Conseil national le comprendra-t-elle ? Le Conseil des États, lui, l'a compris.

Suivons donc le Conseil des États et maintenons le droit en vigueur en soutenant la minorité II (Bertschy).

**Parmelin** Guy, conseiller fédéral: J'en viens tout d'abord à l'article 5 alinéa 1bis et à la proposition de la majorité.

La mise en oeuvre de la motion Français 18.4282 est l'élément le plus controversé du présent projet. Je tiens à rappeler que l'administration a rédigé deux rapports à l'attention de la commission chargée de l'examen préalable du projet, qui traitent en particulier des propositions de révision de l'article 5 de la loi sur les cartels. Ces documents sont essentiels à la compréhension de ces règles et c'est pourquoi la commission a également décidé de les publier.

Pour l'essentiel, la CER-N a suivi la position du Conseil fédéral concernant l'article 5 alinéa 1bis du projet. Elle l'a toutefois précisé sans en modifier le contenu. Le Conseil fédéral continue de considérer la motion Français de manière très critique, car sa mise en oeuvre entraînerait des inconvénients majeurs pour les entreprises et



les autorités. Il a exposé ses motifs en détail dans son message et il rejette donc toute modification de l'article 5 de la loi.

Permettez-moi de résumer ces raisons en quelques mots : une complication, un allongement et un renchérissement inutiles de la procédure, un affaiblissement de la sécurité juridique, un affaiblissement de la concurrence, un éloignement par rapport à la législation européenne et une contradiction avec la réglementation concernant le pouvoir de marché relatif que vous, le Parlement, avez introduite il y a deux ans dans la loi sur les cartels, dans le cadre du contre-projet indirect à l'initiative "pour des prix équitables", la fameuse "Fair-Preis-Initiative". Toutefois, si vous souhaitez revenir à la situation antérieure à l'arrêt Gaba, la proposition de la CER-N pourrait constituer une voie viable.

Concernant toujours cet article 5 alinéa 1bis, j'en viens à la proposition de la minorité I (Burgherr). Cette dernière souhaite modifier l'article afin que l'importance notable d'un accord ne soit reconnue "que si son caractère nocif pour la concurrence efficace est mis en évidence dans le cas concret". La loi préciserait ainsi que même un accord dur doit être examiné dans chaque cas particulier et que son caractère nocif pour une concurrence efficace doit être démontré dans chaque cas concret. Cela ne signifie pas que les effets concrets d'un accord doivent être démontrés dans chaque cas, mais cela implique qu'une théorie du dommage est nécessaire dans chaque cas et la forme exacte que devrait prendre une telle théorie à l'avenir devrait être clarifiée dans la pratique.

La formulation pose donc un problème majeur. Il n'est pas seulement exigé de démontrer le caractère nocif, mais le caractère nocif pour la concurrence efficace. Cela complique considérablement les actions civiles. En effet, les personnes lésées devraient non seulement prouver leur préjudice, ce qui constitue déjà un obstacle important, mais elles devraient également démontrer l'atteinte à la concurrence efficace. La proposition affaiblirait donc inutilement le droit civil des cartels, que le Conseil fédéral et vous-mêmes souhaitez pourtant renforcer. Les exigences proposées seraient également contraires au droit européen et aux recommandations de l'OCDE. Tout cela favoriserait le fameux statut d'îlot de cherté suisse. Cela augmenterait les coûts d'acquisition pour les PME et cela affaiblirait la concurrence et, donc, toute notre place économique.

Concernant la proposition de la minorité II (Bertschy), elle souhaite supprimer sans remplacement l'article 5 alinéa 1bis du projet de révision de la loi. La minorité II (Bertschy) se rallie ainsi à la décision du Conseil des États, qui souhaite également maintenir le droit en vigueur. Comme indiqué précédemment, le Conseil fédéral était lui aussi très critique à l'égard de la motion Français 18.4282.

Toujours à l'article 5, mais à l'alinéa 3 lettre a – j'en viens à la proposition de la majorité –, le Conseil des États a décidé de modifier cet article 5 alinéa 3 lettre a. Il s'agit d'une des normes les plus importantes de la loi sur les cartels qui concerne les accords horizontaux durs en matière de prix. Le Conseil fédéral soutient la proposition de la majorité, afin d'éviter un affaiblissement considérable du droit des cartels. Concernant la proposition de la minorité, cette dernière conduirait à un affaiblissement de cet article 5 alinéa 3 lettre a. Les délibérations parlementaires du Conseil des États ont démontré que le traitement des accords sur les prix bruts est à l'origine de la présente proposition. Or, la variante minoritaire de la commission ne vise pas seulement les accords sur les prix bruts, mais elle vise tous les accords sur les prix qui ne fixent pas de prix minimaux, de prix fixes ou de prix maximaux liés à une demande ou au niveau de prix. Il est difficile d'évaluer ad hoc quelles seraient les situations qui tombent sous le coup de cette disposition. Cette proposition crée donc une grande insécurité juridique. Toutefois, en prenant en compte la fixation de niveau de prix, la proposition réduit finalement au minimum l'affaiblissement de la loi sur les cartels par rapport à la proposition du Conseil des États.

Le Conseil fédéral vous recommande toutefois de ne pas modifier le droit en vigueur et, par conséquent, de ne pas accepter la proposition de la minorité Michaud Gigon.

J'en viens maintenant à l'article 6 alinéa 4 du projet de loi. Le Conseil des États souhaite ici que les accords entre clubs

AB 2025 N 830 / BO 2025 N 830

sportifs professionnels soient toujours justifiés au sens de l'article 5 alinéa 2, lorsqu'ils permettent de garantir la capacité financière des clubs participant aux ligues. En fait, cela signifie que les clubs sportifs sont ainsi exemptés de la loi sur les cartels. Votre commission rejette ce privilège accordé à une branche spécifique et elle suit ainsi l'avis du Conseil fédéral. Les arguments sont les suivants. Premièrement, les réglementations sectorielles sont étrangères au droit suisse des cartels et doivent être rejetées pour des raisons de politique de la concurrence. Deuxièmement, la réglementation proposée nuirait à la concurrence et exclurait de fait les clubs professionnels du champ d'application de l'article 5. Troisièmement, les conséquences de la nouvelle réglementation sont difficilement évaluables. Dans les travaux de la commission, il a toujours été question de



hockey sur glace professionnel. Or, cette règle concernerait aussi le football professionnel, avec des conséquences probablement considérables. Quatrièmement, cette réglementation est inutile. La loi en vigueur sur les cartels n'empêche pas explicitement les accords efficaces. Je vous prie donc ici de rejeter la décision du Conseil des États et de suivre votre commission.

A l'article 7 alinéa 3 de la loi, la majorité de votre commission propose d'ancrer expressément dans la loi la pratique actuelle selon laquelle, dans les cas visés à l'article 7, un examen au cas par cas doit toujours être effectué. Il convient de préciser que le caractère nocif d'une pratique abusive doit être mis en évidence de manière plausible dans chaque cas concret. Toutefois, le caractère nocif potentiel d'une pratique doit suffire à justifier l'intervention des autorités de la concurrence. En ce qui concerne l'examen au cas par cas, la proposition reprend la jurisprudence et la pratique actuelle, donc cette proposition est inutile.

La proposition de la minorité I (Burgherr) vise à rendre plus difficile la lutte contre les abus commis par des entreprises ayant une position dominante ou un pouvoir de marché relatif au sens de l'article 7 de la loi, affaiblissant ainsi le droit des cartels. La proposition de la minorité I rendrait encore plus difficile la lutte contre les abus. En effet, la pratique d'un acteur dominant ne serait abusive que s'il était possible de mettre en évidence au cas par cas son caractère nocif pour la concurrence efficace. Mais ce qu'il faut concrètement entendre par là n'est pas clair et il en résulterait une insécurité juridique pendant de très nombreuses années. Il est toutefois certain que les procédures de la loi sur les cartels devant la Comco et les tribunaux deviendraient à l'avenir encore plus complexes, plus coûteuses et plus longues.

Ce sont les victimes d'abus de pouvoir et de position dominante qui en paieraient le prix, à savoir les petites et moyennes entreprises en particulier, mais aussi les consommatrices et les consommateurs. Par définition, les entreprises dominantes opèrent sur des marchés où la concurrence est déjà affaiblie. Pensez par exemple aux nombreuses entreprises publiques ou parapubliques ; leurs activités font d'ailleurs actuellement l'objet de vives critiques dans le cadre de diverses interventions parlementaires. En plus, le critère du caractère nocif pour la concurrence efficace est inapproprié et excessif. On le voit, par exemple, dans le cadre de l'exploitation abusive. Lorsqu'un acteur dominant impose des prix beaucoup trop élevés aux PME ou aux consommateurs qui en dépendent, il en résulte un dommage pour les victimes, mais pas nécessairement pour la concurrence efficace en soi. De même, les règles relatives à l'abus d'un pouvoir de marché relatif seraient ainsi vidées de leur substance. En effet, ici aussi, la pratique de l'entreprise en position dominante sur le marché est, certes, préjudiciable pour les PME qui dépendent d'elle, mais pas nécessairement pour la concurrence efficace. Cela vaut d'autant plus pour un plaignant civil. Le pouvoir de marché relatif est toutefois principalement destiné aux procédures civiles. Ainsi, la nouvelle règle prévue à l'article 7 affaiblirait le droit civil en matière de cartel.

Il n'existe pas non plus d'interdiction per se pour les entreprises dominantes. Au contraire : un regard sur les jugements de la Comco rendus par les tribunaux montre que ceux-ci traitent chaque fois de manière différenciée les éventuels effets nocifs d'une pratique. La Comco et les tribunaux examinent donc cette question au cas par cas.

Pour toutes ces raisons, je vous recommande vivement de rejeter la proposition de la minorité I (Burgherr).

La proposition de la minorité II (Bregy) diffère de la proposition de la minorité I (Burgherr) à deux égards. Premièrement, la démonstration du caractère nocif, dans un cas concret, doit suffire. Le caractère nocif ne doit donc pas être mis en évidence pour la concurrence efficace. La proposition va, certes, moins loin que celle de la minorité I (Burgherr), mais là encore, on ne sait pas très bien ce qu'elle prévoit concrètement et cela entraînerait aussi une insécurité juridique durant de nombreuses années. Deuxièmement, le nouvel article 7 alinéa 3 de la loi ne doit pas s'appliquer aux cas de figure visés à l'article 7 alinéa 2 lettre g. Des obligations de preuves différentes doivent donc s'appliquer à différents exemples types. Une telle différenciation ne permet pas d'éliminer les problèmes mentionnés ci-dessus. En effet, les problèmes subsisteront dans les cas d'abus, d'exploitation de pouvoir de marché relatif et de procédures civiles relatives au droit des cartels.

Pour toutes ces raisons, le Conseil fédéral vous recommande également de rejeter la proposition de la minorité II (Bregy).

Enfin, la minorité III (Michaud Gigon) propose, tout comme le Conseil des États, de maintenir le droit en vigueur. Le Conseil fédéral soutient cette proposition, car elle permet d'éviter tous les inconvénients majeurs que je viens d'évoquer.

J'en viens maintenant à l'article 9 alinéas 1bis et 1ter du projet de loi. La proposition de la minorité vise à empêcher l'exclusion des autorités suisses du contrôle des concentrations internationales. Les alinéas proposés n'auront toutefois pas un tel effet et il y a, je dois le dire, peut-être ici un malentendu. L'objectif de cette réglementation n'est pas de soumettre les entreprises suisses à un contrôle plus strict des concentrations par l'Union européenne. Il s'agit plutôt d'éviter toute bureaucratie inutile pour les entreprises. Les concentrations d'entreprises internationales peuvent rapidement donner lieu à des examens parallèles par plusieurs autori-



tés de la concurrence. Cela n'a aucun sens lorsqu'il s'agit non pas de marchés nationaux, mais de marchés internationaux. La Commission européenne examinera les concentrations selon ses propres critères, indépendamment de la décision des autorités suisses. La Commission européenne peut donc d'ores et déjà bloquer pour l'ensemble de l'Union européenne les concentrations qui concernent la Suisse et l'Union européenne. En cas d'interdiction dans l'Union européenne, les entreprises actives à l'échelle internationale n'ont aucun intérêt à ce que la Comco autorise la concentration pour la Suisse, car elles ne peuvent pas fusionner uniquement en Suisse. La nouvelle règle n'y change strictement rien. C'est pourquoi je vous invite à rejeter la proposition de la minorité.

Enfin, nous en arrivons à l'article 49a alinéa 1. La décision du Conseil des États vise ici à renforcer les incitations pour les entreprises à prendre des mesures de conformité. Toutefois, il n'est pas judicieux que les entreprises renforcent leurs mesures de conformité dans le but premier de bénéficier d'un "rabais" sur les sanctions en cas d'infraction à la loi. De tels "rabais" sur les sanctions récompenseraient donc les mesures des entreprises dont la conformité n'a justement pas fonctionné. Les entreprises, en particulier les PME, seraient ainsi invitées à acheter des programmes de conformité coûteux, afin de pouvoir, en quelque sorte, s'assurer en cas d'éventuelle infraction à la loi sur les cartels.

La proposition de la minorité va au-delà encore de la décision du Conseil des États et de la majorité de votre commission puisqu'elle prévoit, elle, un rabais obligatoire pour toutes les situations. Ainsi, le propriétaire d'une entreprise pourrait, par exemple, acheter un programme de conformité, le violer délibérément et, selon la présente proposition, bénéficier malgré tout d'un rabais sur les sanctions. La loi sur les cartels offre déjà suffisamment d'incitations pour être respectée et quiconque respecte la loi, notamment grâce à des mesures de conformité efficaces, n'a pas à craindre de sanctions.

Pour toutes ces raisons, je vous prie de suivre les incitations et les propositions que je vous ai faites au nom du Conseil fédéral.

AB 2025 N 831 / BO 2025 N 831

**Walti Beat** (RL, ZH), für die Kommission: Gestatten Sie mir, dass ich einleitend ein paar allgemeine Bemerkungen mache, nachdem ich auf eine Stellungnahme zu verschiedenen Voten in der Eintretensdebatte verzichtet habe. Es ist mir wichtig, gewisse Dinge klarzustellen oder bei gewissen Dingen dagegenzuhalten, um es etwas salopp auszudrücken. Ich tue dies nicht mit der Absicht, Sie vom Gegenteil dessen zu überzeugen, was Sie erzählt haben, sondern um in den Materialien den falschen Eindruck zu vermeiden, dass das Vorgehaltene wirklich zutrifft. Das ist mir wichtig, denn es könnte dereinst dazu kommen, dass neue Regeln auch anhand unserer Debatte ausgelegt werden.

Es wurde gesagt, dass mit den von der Mehrheit beantragten Änderungen, insbesondere bei Artikel 5 Absatz 1bis und Artikel 7 Absatz 3, die Wirksamkeit der Wettbewerbspolitik geschwächt werde. Nun muss man sich halt wirklich fragen, was eine wirksame Wettbewerbspolitik ist. Ich glaube, man sollte das nicht mit einem möglichst schlanken und wenig aufwendigen Verfahren der Wettbewerbskommission in möglichst vielen Fällen verwechseln. Das ist nur die Sicht der Behörden. Eine wirksame Wettbewerbspolitik stellt vielmehr sicher, dass das, was volkswirtschaftlich nicht wünschbar ist, nicht stattfindet, dass aber das, was volkswirtschaftlich Sinn macht, wertschöpfend ist und die Volkswirtschaft weiterbringt, stattfinden kann. Genau um diese Differenzierung geht es, wenn wir hier die generell abstrakten Regeln der Wettbewerbspolitik in Gesetzesform festlegen. Das gleiche Thema betrifft neue Rechtsbegriffe, die angeblich Rechtsunsicherheit schaffen, weil es dazu noch keine Praxis gibt. Wir schaffen in diesem Hause regelmässig neue Rechtsbegriffe, das ist unser täglich Brot. Sehr häufig führt das zur Situation, dass halbe Bibliotheken von Gerichtsurteilen nutzlos werden, weil sich die Gesetzeslage geändert hat und sich zuerst eine neue Praxis etablieren muss. Das ist normal. Ich sage das nicht, weil ich es auf die leichte Schulter nehme, ich sage es vielmehr, weil ich es unhaltbar finde, dieses Argument gegen Gesetzesänderungen vorzubringen, die Sinn machen und der Mehrheitsmeinung nach überzeugen. Das sind meine Ausführungen zum Thema effiziente Wettbewerbspolitik.

Dann wurde verschiedentlich die Belastung der KMU angerufen und publikumswirksam der Kampf gegen die Grossen geschildert, die die Kleinen erdrücken. Ich bin in dieser Frage persönlich komplett wertungsfrei, aber diese Schilderungen sind Ausdruck eines komischen Wirtschaftsverständnisses. Grosse Unternehmen, die in einem kleinen Markt wie der Schweiz operieren, sind typischerweise sehr viel risikofähiger, auch wenn es um Verfahrensrisiken geht, zum Beispiel in wettbewerbsrechtlichen Verfahren.

Ich sage nicht, dass Sie das auf die leichte Schulter nehmen sollen. Aber dazu Folgendes: Wenn ein grosses Unternehmen eine Anzeige oder eine Mitteilung der Weko erhält, dann beginnt die Maschinerie anzulaufen, und das Thema wird abgearbeitet. Wenn Sie aber als kleines Unternehmen plötzlich mit einer Fragestellung



konfrontiert sind, die Sie komplett überrascht und wahrscheinlich häufig auch überfordert und vielleicht in der materiellen Dimension Ihre Existenz bedroht, dann ist das ein sehr viel grösseres Problem. Rechtssicherheit für kleine Unternehmen im Markt zu schaffen, ist also etwas sehr Wichtiges. Aber das schaffen wir nur, wenn wir eine bessere Differenzierung in diesen Verfahren hinbekommen, damit diese Unternehmen im Vorfeld von möglichen Kooperationen, um jetzt Artikel 5 Absatz 1bis zu nennen, besser entscheiden können, ob das, was sie tun, rechtskonform sein wird oder nicht. Das ist ein ganz zentrales Anliegen, denn wenn sie das nicht entscheiden können, werden sie im Zweifel von Kooperationen ablassen, und das wiederum freut die Grossen, die dann keine Konkurrenz von kooperierenden Kleinen fürchten müssen. Das ist ein bisschen Marktmechanik, die man bei all diesen Schlagworten gerne auch einmal mitberücksichtigen darf.

Ich komme zu den einzelnen Minderheitsanträgen und beginne mit Artikel 5 Absatz 1bis. Hier kann ich feststellen, dass nach heutiger Praxis des Bundesgerichts und der Weko – das zitierte Gaba-Urteil ist hier massgeblich – Folgendes gilt: Bei bestimmten Arten von Wettbewerbsabreden, nämlich solchen gemäss Artikel 5 Absatz 3, wird aufgrund der gesetzlichen Vermutung immer eine erhebliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs angenommen. Deshalb wird auf eine Beurteilung der quantitativen Marktgegebenheiten im konkreten Fall verzichtet; wir haben das verschiedentlich gehört. Weil aber die Erheblichkeit im konkreten Fall gar nicht mehr geprüft wird, kann auch die gesetzliche Vermutung in Artikel 5 Absatz 3 nicht umgestossen werden, und diese wird zu einer sogenannten Fiktion. Damit können die Beteiligten einer Sanktion nach Artikel 49a des Kartellgesetzes, die übrigens sehr erheblich sein kann, nur noch entinnen, wenn der sogenannte Effizienznachweis nach Artikel 5 Absatz 2 des Kartellgesetzes gelingt. Dieser ist aber sehr aufwendig zu führen, und er ist häufig wegen der hohen Anforderungen auch unsicher.

Im Ergebnis verzichten wegen der resultierenden Sanktionsrisiken viele, vor allem kleinere Unternehmen dann auf die Vereinbarung von Kooperationen, obwohl diese vielleicht volkswirtschaftlich wünschbar und nützlich wären, zum Beispiel für Innovationsförderung, Entwicklungskooperationen, Einkaufsgemeinschaften oder den Erhalt einer vielfältigen Marktstruktur, wo wenige Grosse vielen Kleinen gegenüberstehen. Belastend und problematisch ist dies vor allem deshalb, weil die Weko den Tatbestand von Artikel 5 Absatz 3 des Kartellgesetzes und insbesondere der indirekten Preisabrede sehr weit auslegt; ich komme beim Minderheitsantrag Michaud Gigon noch dazu. Es fallen nicht nur Fest- oder Mindestpreisabreden darunter, sondern auch Kooperationsvereinbarungen, bei denen eine Preiswirkung gar nicht der Zweck ist, sondern lediglich ein unvermeidlicher Nebeneffekt.

Hier will die Mehrheit Ihrer Kommission Abhilfe schaffen. Es soll zukünftig auch in den vielfältigen Fällen von Artikel 5 Absatz 3 des Kartellgesetzes wieder die Prüfung der Erheblichkeit einer Wettbewerbsbeeinträchtigung im konkreten Fall erfolgen, und zwar durch eine Gesamtbeurteilung qualitativer und quantitativer Kriterien. Das Wording wurde intensiv diskutiert und sehr bewusst so gewählt, wie es hier in der Vorlage steht, weil keine übermässigen Anforderungen an diese Beurteilung gestellt werden sollen. Insbesondere wird auch kein Nachweis eines bereits eingetretenen Schadens verlangt, wie das in einigen Zuschriften und auch in einigen Voten hier behauptet oder suggeriert wurde. Es wurde auch bewusst auf das Wort "dargelegt" verzichtet. Die Minderheit I (Burgherr) braucht das Wort "dargelegt", die WAK-S hatte in ihrer Mehrheitsvariante ebenfalls "dargelegt" benutzt, und zwar deshalb, weil daraus eben, wie die Diskussion gezeigt hat, eine strenge Beweispflicht abgeleitet werden könnte.

Die Kommissionsmehrheit will aber weder in die alten Zeiten des Bierkartells zurückgehen, noch soll die Weko erst eingreifen können, wenn der Schaden für den wirksamen Wettbewerb bereits eingetreten ist. Nach wie vor sollen auch Abreden unzulässig sein und sanktioniert werden können, welche angesichts der Umstände des konkreten Falls geeignet sind, prospektiv eine erhebliche Wettbewerbsbeschränkung zu bewirken. Bei wirklich harten Kartellen, bei denen zum Beispiel mit direkten Preisabreden überhöhte Endverkaufspreise zulasten der Endkunden festgelegt werden, kann sich die Prüfung der quantitativen Elemente im betroffenen Markt angesichts klarer qualitativer Kriterien in der Gesamtbeurteilung auf ein absolutes Minimum beschränken – das halte ich hier gerne ausdrücklich fest.

Die Minderheit I (Burgherr) will hingegen den vom Ständerat bereits abgelehnten Wortlaut der WAK-S, der eben mit dem Begriff "dargelegt" operiert, wieder aufnehmen. Die Mehrheit der Kommission hält dies nicht für zweckmässig, wir bevorzugen eben den Kompromissweg. Die Minderheit II (Bertschy) will beim heutigen Gesetzestext bleiben, der mit der heutigen Praxis zu den beschriebenen Problemen für die betroffenen Unternehmen führt.

Nun möchte ich doch noch zur Aussage Stellung nehmen, der zitierte BMW-Fall wäre mit der heute vorgeschlagenen Änderung respektive wenn wir hinter die Gaba-Praxis zurückgehen, nicht mehr möglich. Es ist sehr relevant, festzustellen, dass die Weko das BMW-Verfahren noch vor Erlass des Gaba-Urteils durchgeführt hat. Diese Verfügung, die auch Rechtsbestand hatte, ist also noch unter den alten Regeln vor



**AB 2025 N 832 / BO 2025 N 832**

Gaba zustande gekommen. Ich zitiere deshalb gerne, was in der Verfügung der Weko wörtlich steht: "Es [...] stellt sich die Frage, ob die Abrede zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Wettbewerbs im Sinne von Artikel 5 Absatz 4 in Verbindung mit Absatz 1 Kartellgesetz führt. Bei der damit verbundenen Prüfung werden sowohl qualitative wie auch quantitative Kriterien berücksichtigt. Die Abwägung dieser beiden Kriterien erfolgt in der Regel einzelfallweise in einer Gesamtbeurteilung." Das ist die Formulierung der Weko vor Gaba. Ich glaube, es ist klar ersichtlich, dass diese Formulierung dem Antrag der Mehrheit bei Artikel 5 Absatz 1bis entspricht. Ich empfehle Ihnen, im Sinne eines massvollen Mittelwegs beide Minderheitsanträge abzulehnen und der Mehrheit zu folgen.

Die Minderheit Michaud Gigon bei Artikel 5 Absatz 3 Litera a adressiert teilweise das Problem der in der heutigen Praxis der Weko sehr weit gefassten Darlegung der Schädlichkeit bei verschiedenen Arten von direkten und vor allem indirekten Preisabreden. Man muss sagen, es ist nicht das Gleiche, ob nur Bruttopreise abgesprochen werden, die wegen eines Preiswettbewerbs auf Rabattebene im Markt kaum eine spürbare Wirkung entfalten, oder ob Mindest- oder Festpreise abgesprochen werden, die die Nachfrager tatsächlich treffen. Vielleicht haben Sie auch schon einmal Pneus gekauft und Preislisten von Pneus in den Händen gehalten. Dann wissen Sie, dass niemand Pneus ohne einen Rabatt von mindestens 40 oder 50 Prozent kauft. Dort spielt der Wettbewerb unbestrittenermassen.

Mit der Formulierung der Mehrheit bei Artikel 5 Absatz 1bis kann die wünschbare Differenzierung, die im Bereich der Preisfestlegungen mit dem Antrag der Minderheit Michaud Gigon gesucht wird, jedoch ebenfalls und umfassender erreicht werden, weshalb es aus Sicht der Mehrheit den Antrag der Minderheit Michaud Gigon nicht braucht, sofern der Mehrheitsantrag unterstützt wird.

Bei Artikel 7 Absatz 3 geht es um die marktbeherrschenden und marktmächtigen Unternehmen. Bei der Beurteilung von Verhaltensweisen derselben wird eine allfällige Missbräuchlichkeit nach heutiger Praxis nur angenommen, wenn das Verhalten im konkreten Fall geeignet ist, andere Unternehmen an der Aufnahme oder Ausübung des Wettbewerbs zu behindern oder die Marktgegenseite zu benachteiligen. Es braucht also keinen nachgewiesenen Schaden – schon heute nicht –, aber die potenziellen Auswirkungen sind auch hier aufzuzeigen.

Mit dem Mehrheitsantrag soll die geltende Rechtslage ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben werden – nicht mehr und nicht weniger. So kann verhindert werden, dass aufgrund einer möglichen Praxisänderung dereinst bei Verhaltensweisen gemäss Artikel 7 Absatz 2, unabhängig von ihrer Tragweite, keine Gesamtwürdigung des konkreten Falles mit qualitativen und quantitativen Elementen mehr notwendig wäre.

Die Minderheit I (Burgherr) geht mit ihrer Formulierung am Ziel vorbei, weil mit Artikel 7 und insbesondere bei den Fällen relativer Marktmacht nicht der Wettbewerb, sondern die Marktgegenseite in einer konkreten Geschäftsbeziehung geschützt wird. Der Antrag der Minderheit II (Bregy) wurde zurückgezogen, so habe ich es verstanden, deshalb verzichte ich auf Ausführungen dazu. Die Minderheit III (Michaud Gigon) will bei der heutigen Formulierung bleiben, was ich aus besagten Gründen nicht empfehle.

Mir ist es wichtig, auf das zu entgegnen, was zur Fair-Preis-Initiative gesagt wurde. Ich gebe gerne zu, dass ich persönlich nicht der grösste Fan des Fair-Preis-Konzepts war. Mir wäre es aber selbstverständlich absolut fremd, gegen dieses im demokratischen Prozess akzeptierte Konstrukt jetzt auf diesem Weg vorzugehen, und das ist auch überhaupt nicht der Fall. Wenn Herr Wermuth hier Treu und Glauben anruft, dann ist das eine kolossale Übertreibung oder einfach falsch. Ich möchte aus der bereits erwähnten Notiz der Verwaltung zu diesem Thema zitieren; auf Seite 7 steht: "Zusammenfassend versteht die Verwaltung den Antrag daher so" – dem hat sich die Kommission angeschlossen –, "dass er lediglich die geltende Rechtslage ausdrücklich im Gesetz festhalten möchte." Zur Klarstellung: Die Verwaltung empfiehlt die Formulierung, die Sie heute in der Fahne finden. Es wird also am Konzept von Fair-Preis überhaupt nichts verändert, wenn Sie heute der Mehrheitsvariante zustimmen. Darum bitte ich Sie auch.

Zu Artikel 9 Absatz 1bis: Der Antrag der Minderheit Burgherr betrifft die Verfahrensführung in der Schweiz, wenn es bereits ein Fusionskontrollverfahren gibt. Hier macht es keinen Sinn, bei der Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen, die ausschliesslich europaweite Märkte betreffen, parallel vor der Schweizer Weko ein formales Verfahren zu eröffnen und auch noch eine formale Untersuchung durch die Weko abarbeiten zu lassen. Im Bereich des Wettbewerbsrechts und der Zusammenschlusskontrolle allgemein gilt das Auswirkungsprinzip, und die EU wird dann untersuchen, wenn es ihr passt. Wenn es ausschliesslich europäische Märkte sind, dann wird die Weko mit zwei Sätzen feststellen müssen, dass die schweizerischen Märkte nicht betroffen sind. Das ist ein absolut bürokratischer Leerlauf und deshalb verzichtbar, allerdings beschränkt sich das Schadenspotenzial auf ein paar Schriftwechsel.



Ich komme zur letzten Minderheit bei Artikel 49a Absatz 1, das ist die Minderheit Dobler.

Je reviens au français pour en terminer avec mes commentaires. Quant à la minorité Dobler à l'article 49a de la loi sur les cartels, elle concerne la "compliance defense" lors de la détermination des sanctions résultant d'une infraction qualifiée à la loi sur les cartels. Le Conseil des États a introduit la possibilité de prendre en compte les efforts sérieux déployés par une entreprise pour éviter les infractions au droit des cartels afin de réduire la sanction. La minorité Dobler veut en faire une obligation. De l'avis de la majorité, cela va trop loin, car il ne suffit pas qu'une entreprise fasse établir par un consultant un classeur fédéral contenant des règles de "compliance" et qu'elle le mette ensuite dans sa bibliothèque sans vraiment suivre les directives pour qu'elle puisse bénéficier d'un allègement de la sanction. Dans ce cas, l'évaluation des circonstances concrètes doit également conduire à un résultat approprié, que ce soit à une peine plus légère ou pas.

Ich hoffe, Sie haben auch meine französischen Ausführungen verstanden, und bitte Sie, im Sinne des Gesagten in allen Punkten der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Es gibt noch Fragen, bitte reduzieren Sie Ihre Gespräche.

**Michaud Gigon** Sophie (G, VD): Merci beaucoup, cher collègue, parce que vous avez vraiment fait des efforts, autant pour rapporter seul sur ce projet de révision de loi que pour le faire en partie en français.

Dans ce cas, vous souhaitez préciser quelque chose dans la loi pour l'améliorer. Ma question est donc la suivante : ne craignez-vous pas que votre bonne intention n'ait finalement comme effet de rendre cet élément totalement ininterprétable par les tribunaux qui devront ensuite juger les décisions rendues par la Comco après une longue enquête ?

**Walti** Beat (RL, ZH), für die Kommission: Zuerst danke ich Ihnen, dass Sie mir gegen Ende des Tages gute Absichten unterstellen – das freut mich. Ich habe in dieser Frage wirklich keine Sorge. Erstens schafft selbst eine Rückkehr in die Zeit vor Gaba, wenn ich dies so zusammenfassen darf, keine komplett neue Welt, vielmehr gibt es bereits praktische Erfahrungen. Darüber hinaus sind die Rechtsmittelinstanzen, die Sie hier zitieren, gewohnt, mit Ermessensbegriffen umzugehen. Es gibt in sehr vielen Bereichen Abgrenzungsfragen: Bis wohin geht eine Regelung? Wo geht es dann nicht mehr? Es wird dann tatsächlich so sein, dass insbesondere die Frage der richtigen Triage zwischen "erheblich" und "unerheblich" oder der relevanten quantitativen Elemente die Entwicklung einer gewissen Praxis benötigt. Ich hoffe aber auch, dass dies nicht nur an den Gerichten passiert, sondern dass dies bereits im Rahmen der Entwicklung einer Verwaltungspraxis durch die Wettbewerbskommission möglich ist, durch den Erlass entsprechender Richtlinien und auch durch einen interaktiven Dialog zwischen den Wirtschaftsakteuren und der Weko. Ich habe einleitend das Widerspruchsverfahren erwähnt, das zum Beispiel etwas sehr Wichtiges ist:

AB 2025 N 833 / BO 2025 N 833

Wenn Sie vorgängig ein Kooperationsprojekt klären wollen, ist es wichtig, dass bereits dort die Abgrenzungsbemühungen unternommen werden. Dann bin ich als optimistischer Mensch sehr zuversichtlich, dass dies ein gutes Projekt werden wird.

## **Art. 5**

### *Antrag der Mehrheit*

#### *Abs. 1bis*

Die Erheblichkeit der Wettbewerbsbeeinträchtigung wird einzelfallweise in einer Gesamtbeurteilung anhand qualitativer Elemente in Form von Erfahrungswerten und quantitativer Elemente in Form von den konkreten Umständen auf dem relevanten Markt geprüft.

#### *Abs. 3 Bst. a*

Streichen

### *Antrag der Minderheit I*

(Burgherr, Aeschi, Buffat, Hess Erich, Hübscher, Nicolet, Pamini, Tuena)

#### *Abs. 1bis*

Eine Wettbewerbsabrede, die den Wettbewerb erheblich beeinträchtigt, liegt nur dann vor, wenn ihre Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt ist. Dabei sind stets sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien zu berücksichtigen.



*Antrag der Minderheit II*

(Bertschy, Amoos, Bendahan, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Roth David, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

*Abs. 1bis*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Michaud Gigon, Amoos, Bendahan, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

*Abs. 3 Bst. a*

a. Abreden über die direkte oder indirekte Festsetzung von Mindest-, Fest- oder nachfrageseitigen Höchstpreisen oder von Preisniveaus;

**Art. 5**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1bis*

Le caractère notable de l'atteinte est évalué au cas par cas dans le cadre d'une appréciation globale fondée sur des éléments qualitatifs (valeurs empiriques) et quantitatifs (situation concrète sur le marché concerné).

*Al. 3 let. a*

Biffer

*Proposition de la minorité I*

(Burgherr, Aeschi, Buffat, Hess Erich, Hübscher, Nicolet, Pamini, Tuena)

*Al. 1bis*

Un accord n'affecte de manière notable la concurrence que si son caractère nocif pour la concurrence efficace est mis en évidence dans le cas concret. Le caractère notable est toujours examiné sur la base de critères tant qualitatifs que quantitatifs.

*Proposition de la minorité II*

(Bertschy, Amoos, Bendahan, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Roth David, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

*Al. 1bis*

Adhérer à la décision du Conseil des États

*Proposition de la minorité*

(Michaud Gigon, Amoos, Bendahan, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

*Al. 3 let. a*

a. qui fixent directement ou indirectement un prix minimum, un prix fixe, un prix maximum payé par l'acheteur ou un niveau de prix ;

*Abs. 1bis – Al. 1bis*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30697)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 65 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30698)

Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 72 Stimmen

(2 Enthaltungen)



*Abs. 3 Bst. a – Al. 3 let. a*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30699)

Für den Antrag der Mehrheit ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(2 Enthaltungen)

**Art. 6 Abs. 4**

*Antrag der Kommission*

Streichen

**Art. 6 al. 4**

*Proposition de la commission*

Biffer

*Angenommen – Adopté*

**Art. 7 Abs. 3**

*Antrag der Mehrheit*

Die Missbräuchlichkeit der Verhaltensweisen ist einzelfallweise in einer Gesamtbeurteilung anhand von Erfahrungswerten und den konkreten Umständen auf dem Markt zu prüfen.

*Antrag der Minderheit I*

(Burgherr, Aeschi, Buffat, Hess Erich, Hübscher, Nicolet, Tuena)

Ein missbräuchliches Verhalten gemäss Absatz 1 und 2 liegt nur dann vor, wenn seine Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt ist.

*Antrag der Minderheit II*

(Bregy, Kamerzin, Müller Leo)

Ein missbräuchliches Verhalten gemäss Absatz 1 und 2 Buchstabe a bis f liegt nur dann vor, wenn seine Schädlichkeit im konkreten Fall dargelegt ist.

*Antrag der Minderheit III*

(Michaud Gigon, Amoos, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Hübscher, Ritter, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

Streichen

**Art. 7 al. 3**

*Proposition de la majorité*

Le caractère abusif des pratiques doit être examiné au cas par cas dans le cadre d'une appréciation globale sur la base de valeurs empiriques et de la situation concrète sur le marché.

*Proposition de la minorité I*

(Burgherr, Aeschi, Buffat, Hess Erich, Hübscher, Nicolet, Tuena)

Une pratique n'est réputée illicite au sens des alinéas 1 et 2 que si son caractère nocif pour la concurrence efficace est mis en évidence dans le cas concret.

*Proposition de la minorité II*

(Bregy, Kamerzin, Müller Leo)

Une pratique n'est réputée illicite au sens des alinéas 1 et 2 lettres a à f, que si son caractère nocif est mis en évidence dans le cas concret.

AB 2025 N 834 / BO 2025 N 834





*Proposition de la minorité III*

(Michaud Gigon, Amoos, Bendahan, Bertschy, Grossen Jürg, Hübscher, Ritter, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)  
Biffer

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit II (Bregy) wurde zurückgezogen.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30700)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit I ... 65 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30701)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit III ... 75 Stimmen  
(2 Enthaltungen)

**Art. 8**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des États

*Angenommen – Adopté*

**Art. 9**

*Antrag der Mehrheit*  
*Abs. 1bis, 1ter, 5*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Burgherr, Aeschi, Bregy, Buffat, Hess Erich, Hübscher, Müller Leo, Nicolet, Pamini, Tuena)  
*Abs. 1bis, 1ter*  
Streichen

**Art. 9**

*Proposition de la majorité*  
*Al. 1bis, 1ter, 5*  
Adhérer à la décision du Conseil des États

*Proposition de la minorité*

(Burgherr, Aeschi, Bregy, Buffat, Hess Erich, Hübscher, Müller Leo, Nicolet, Pamini, Tuena)  
*Al. 1bis, 1ter*  
Biffer

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30702)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 104 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen  
(1 Enthaltung)

**Art. 10 Abs. 1, 2; 12; 12a; 13; 22 Abs. 1; 27 Abs. 1, 1bis; 31; 32 Abs. 3; 33 Abs. 2, 4; 34; 35; 39; 39a; 40; 42 Abs. 2, 3; 42a; 43 Abs. 2; 44a**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



**Art. 10 al. 1, 2 ; 12 ; 12a ; 13 ; 22 al. 1 ; 27 al. 1, 1bis ; 31 ; 32 al. 3 ; 33 al. 2, 4 ; 34 ; 35 ; 39 ; 39a ; 40 ; 42 al. 2, 3 ; 42a ; 43 al. 2 ; 44a**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des États

*Angenommen – Adopté*

**Art. 49a**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1, 3 Bst. a, 4, 5*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Dobler, Aeschi, Buffat, Burgherr, Feller, Hess Erich, Hübscher, Nicolet, Pamini, Schneeberger, Tuena)

*Abs. 1*

... zu berücksichtigen. Vorkehrungen zur Vermeidung von Verstössen gegen das Kartellgesetz, die das Unternehmen getroffen hat und die seiner Grösse, Geschäftstätigkeit und der Branche angemessen sind, sind sanktionsmindernd zu berücksichtigen. Der Bundesrat ...

**Art. 49a**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1, 3 let. a, 4, 5*

Adhérer à la décision du Conseil des États

*Proposition de la minorité*

(Dobler, Aeschi, Buffat, Burgherr, Feller, Hess Erich, Hübscher, Nicolet, Pamini, Schneeberger, Tuena)

*Al. 1*

... de ce montant. Les mesures qui sont prises par l'entreprise pour éviter les infractions à la loi sur les cartels et qui sont adaptées à sa taille, à son activité et à son secteur sont prises en compte pour réduire la sanction. Le Conseil fédéral ...

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Der Bundesrat hält an seinem Antrag fest.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30703)

Für den Antrag der Mehrheit ... 100 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 90 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 23.047/30704)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 59 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 53 Abs. 3, 4; Gliederungstitel vor Art. 53a; Art. 53a Titel, Abs. 1, 1bis, 1ter, 3; 53b; 57 Abs. 1; 59a; 62; Ziff. II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 53 al. 3, 4 ; titre précédant l'art. 53a ; art. 53a titre, al. 1, 1bis, 1ter, 3 ; 53b ; 57 al. 1 ; 59a ; 62 ; ch. II**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des États

*Angenommen – Adopté*



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2025 • Vierte Sitzung • 04.06.25 • 15h00 • 23.047  
Conseil national • Session d'été 2025 • Quatrième séance • 04.06.25 • 15h00 • 23.047



*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
(namentlich – nominatif; 23.047/30705)  
Für Annahme des Entwurfes ... 120 Stimmen  
Dagegen ... 58 Stimmen  
(12 Enthaltungen)

### *Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*  
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte (BBI 2023 1463)  
*Proposition du Conseil fédéral*  
Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales (FF 2023 1463)

### *Angenommen – Adopté*

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Ständerat zurück.

AB 2025 N 835 / BO 2025 N 835

